

2. Politischer Kirchentag Plön EXTRABLATT

16. bis 18. September 2010
Workshops Seite 12 - 13

Evangelische Zeitung – DAS JOURNAL

www.pktp.de

Workshop-Materialien
und weitere Infos auf
unserer Website

Keine Zweckehe

NGOs, Kirche und
politisches
Engagement 6 - 7

Im Asyl

Begegnung mit
einem afghanischen
Flüchtling 11

Gemeinschaftsgut

Rekommunalisierung:
Alternative zum Diktat
des Marktes? 14 - 15

Kirchentags-Büro

04342/78 80 459
info@pktp.de



Für eine gerechtere Welt

Zuhören – Verstehen – Anpacken

Die Spanne zwischen arm und reich wird immer größer. Viele Menschen sind tagtäglich mit existenziellen Problemen konfrontiert. Inzwischen muss über eine Milliarde Menschen von weniger als einem Dollar täglich ihr Leben fristen.

Als Christen sind wir aufgerufen, klar Stellung zu beziehen und uns einzumischen. Wir vertrauen auf die Verheißungen der Bibel und wollen wirksamen Einfluss ausüben, um unser Ziel, „eine gerechtere Welt“, zu erreichen: in der Kirche, in Politik und Wirtschaft wie in unserem privaten und beruflichen Alltag.

Das wollen wir auch auf dem zweiten Politischen Kirchentag in Plön zum Ausdruck bringen. Wir haben ihn unter ein biblisches Motto gestellt, das dem notwendigen Wandel auch eine religiös-moralische Fundierung gibt: „Was hülfte es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewönne und nähme doch Schaden an seiner Seele?“

So sind der bewusste individuelle Konsum und die faire Beschaffung von

Gütern durch Unternehmen und Verwaltungen nicht nur ein Gewinn an Lebensqualität hier, sondern auch ein konkreter Beitrag zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in anderen Ländern dieser Welt. Neben unserem Engagement gegen die Beschneidung staatlicher Verantwortung und gegen gravierende Kürzungen im Sozialbereich werden wir nicht darauf verzichten können, die sozialen Lebenssituationen in anderen Teilen dieser Erde in den Fokus zu nehmen. Dazu gehört auch die Thematisierung der Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland für eine wirksame Armutsbekämpfung im globalen Maßstab. Dass hierfür nicht einmal die zugesagten Mittel von weniger als einem Prozent des Bruttosozialproduktes unseres Landes zur Verfügung gestellt werden, ist ein Skandal.

Das vielfältige und breite Engagement in Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Politik gegen den Klimawandel, für eine Umstellung auf regenerative Energien und ressourcensparende Wirtschaftswei-

sen, ist nur in einem globalen Rahmen denkbar und wirkungsmächtig.

Zu diesem, auf konkrete Änderungen und globale Entwicklungen ausgerichteten Denk- und Arbeitsprozess haben wir Christen viel beizutragen. Eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung, an der alle Menschen, unabhängig von Herkunft, Religion und staatlicher Zugehörigkeit, teilhaben, ist das Ziel, zu dem wir uns auf den Weg machen. Die Positionsbestimmung „Alternative Globalisierung im Dienste von Menschen und Erde“ der 9. Vollversammlung des Ökumenischen Rates 2006 in Porto Alegre ist uns programmatischer Rahmen und Handlungsimpuls zugleich. Und die Themen des konziliaren Prozesses – Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung – sind die Grundlage der kirchlichen Auseinandersetzung mit den Fragen von Globalisierung und modernem Kapitalismus.

Wir laden ein, gemeinsam zu diskutieren und miteinander zu lernen, die Gemeinschaft der Kritischen und Tatkräftigen zu spüren, die „Verbindung aus zu-

hören, verstehen und anpacken“ Wirklichkeit werden zu lassen.

Dazu laden kirchliche Gruppen und zivilgesellschaftliche Organisationen gemeinsam ein. Der zweite Politische Kirchentag verortet sich damit als Teil einer weltweiten Bewegung, die zum Beispiel über die großen Sozialforen und alternativen Klimakonferenzen an verschiedenen Orten dieser Erde, aber auch über die Arbeit der zahlreichen Initiativen in Schleswig-Holstein mit vielfältigen Arbeits- und Aktionsformen und einer großen programmatischen Breite, aber vor allem mit gemeinsamen Grundanliegen zum Ausdruck kommt.

Wir haben uns viel vorgenommen. Gemeinsam und im Vertrauen auf die christliche Botschaft an die Menschen gehen wir an die Arbeit. Lasst uns gemeinsam an einer gerechteren Welt bauen!

*Das Präsidium des 2. PKTP:
Sabine Bruns, Dr. Nils Fritzel,
Horst Jungmann, Klaus-Rainer Martin,
Barbara Schleth*

AUS DER REDAKTION

Liebe Leserinnen und Leser,

eine Frage, die uns bei Planung dieses Extrablattes sehr beschäftigt hat, war: Sollte man von der Kirche als der treibenden Kraft dieses Kirchentages nicht geradezu fordern, dass sie erklärt, warum sie sich in politische Angelegenheiten einmischt? Was sie von anderen politischen Akteuren unterscheidet, aber auch, wo Schnittmengen und interessante Kooperationen entstehen? Schnell wurde deutlich: Diskussionen und Weltansichten sind vielschichtiger als homogene Gruppen und Glaubensgemeinschaften. Diese Zeitung bildet das ab. Auch mit einem sehr überraschend endenden Beitrag, der sich mit der umstrittenen Rolle der Kirchen auf einer Veranstaltung befasst, die man als die große Schwester unseres Kirchentags bezeichnen könnte: dem Weltsozialforum (S. 4).



Ralf Grötter

Dann hatten wir den Wunsch, nicht allzu sehr im Ungefähren zu bleiben. Keine Debatten, sondern Lösungsvorschläge! Ein hehres Ziel, das unsere Veranstaltung übrigens mit dem dieses Jahr in Istanbul stattfindenden Global Economic Symposium teilt, welches 2009 in Plön den Anstoß zum Kirchentag gab. Aber wie will man über den Klimawandel, über ein nachhaltiges Finanzsystem oder die Bekämpfung von Armut reden, ohne zugleich ins „es braucht“ oder „man müsste einmal darüber nachdenken“ zu flüchten? Vielleicht ist dies in der Tat das Schwerste. Denn wo immer es konkret wird, sehen die Dinge schnell gewöhnlich aus. Energiespar-Wettbewerbe in der Kommune (S. 14.) und historische Bio-Tomaten (S. 22) aus der Region sind eine wunderbare Sache. Aber wollten wir nicht auf viel mehr hinaus? (Siehe Interview rechts.)

In diesem Zusammenhang ist es ermutigend zu lesen, wie die Wirtschaftsforscherin Elinor Ostrom der Devisen „Global denken, lokal handeln“ auf neue Weise Sinn verleiht (S. 14), indem sie aufzeigt, inwiefern selbst große Politik am Ende vom Funktionieren nachbarschaftlicher Beziehungen abhängt. Vielleicht ist das ja etwas, das Nordelbien zu bieten hat.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

Ralf Grötter, Wissenschafts- und Wirtschaftsjournalist in Berlin, ist Redakteur des Extrablattes.

Verführerisch ist

Ursula Müller hat auf dem Politischen Kirchentag 2009 den Workshop „Fairer Handel“ moderiert. Im Gespräch mit dem Extrablatt macht sie sich Gedanken darüber, wie die vielen und weitreichenden Ideen, die auf dieser Veranstaltung entwickelt wurden, zu konkretem Handeln führen können.

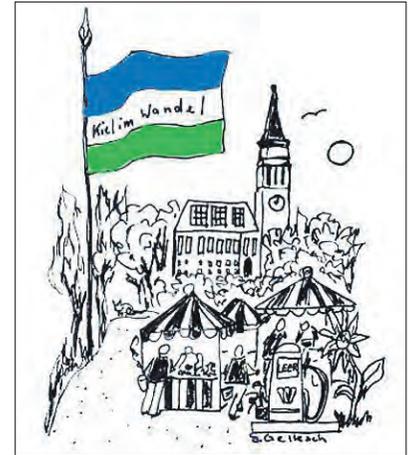
Sie waren beim 1. Politischen Kirchentag 2009 dabei. Mit welchen Erwartungen blicken Sie jetzt auf den zweiten? Was mich im letzten Jahr besonders beeindruckt hat, waren die Ideen, die in dem Workshop, den ich moderiert habe, gesammelt wurden zu den Fragen: „Was sollte getan werden?“ und „Was will ich selber tun?“ Die Teilnehmenden waren sehr kreativ, und wir hatten viel Spaß dabei.

Wie wird es damit weitergehen? Wie bei allen Veranstaltungen, denen ein „Transfer“, also das Hinüberretten des Impulses aus der Veranstaltung in den Alltag, am Herzen liegt, gelingt das nur selten. Das ist eigentlich sehr schade. In dem Workshop, den ich moderiert hatte, ging es vor allem um eine Veränderung des Konsumverhaltens

und des Lebensstils. Dabei wollten wir über rein individuelles Handeln hinaus gehen, also karikierend gesprochen, wir wollten mehr tun, als nur alle Glühbirnen im eigenen Haushalt durch Energiespar-Leuchten zu ersetzen. Es sollte auch Überzeugungsarbeit für andere politische Konzepte geleistet werden, deren Ziel eine bessere, eine gerechtere Welt ist, was ja auch in diesem Jahr wieder auf der Agenda steht.

Und was hindert nun Ihrer Meinung nach Menschen daran, sich in diesem Sinn zu ändern? Wenn es um eine Änderung des Lebensstils geht, denken viele an Verzicht. Bei einer anderen Veranstaltung sagte ein Teilnehmer: „Ich möchte aber auf nichts verzichten!“ Damit stand er nicht allein. Seine Haltung, wenngleich etwas trotzig vorgetragen, ist durchaus verständlich. Unser heutiger Lebensstil erscheint uns nicht nur völlig normal, sondern vor allem auch erstrebens- und erhaltenswert.

Wie können nun Menschen überzeugt werden? Das Ansinnen, zum Beispiel auf Auto und Fleisch zu verzichten, wird ja auch oft mit moralischer Keule vorgetragen, was



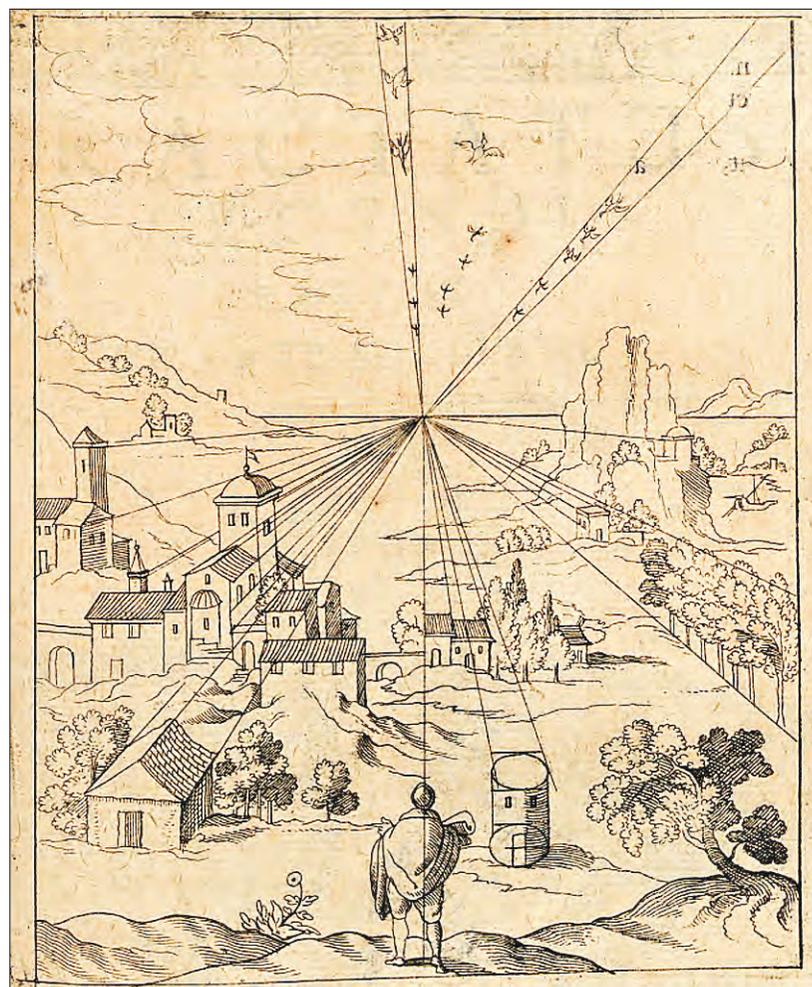
Aktiv: Kiel im Wandel

nicht gerade positiv stimmt. Das kenne ich auch, wenngleich ich es auch sehr bedenklich finde, dass das Wort „moralisch“ heute so einen negativen Beigeschmack bekommen hat. Aber dies ist leider eine Realität, mit der man umgehen muss.

Und wie gehen Sie nun damit um? Ich versuche, mir und anderen die Realität und die Nachteile unseres Lebensstils bewusst zu machen und die erzwungenen Verzichtleistungen, die mit diesem einher gehen. Flugreisen zum Beispiel: sind die wirklich so bequem, wie gern behauptet wird? In Wirklichkeit fängt es damit an, dass man sich bei der Abfertigung mit der einen Hand seine rutschende Hose festhalten muss – während man mit der anderen Hand die Shampooflasche präsentiert. Ein ganz anderes Beispiel: die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Für Frauen ist diese bestenfalls um einen finanziellen Preis erreichbar, für Männer in unserer Gesellschaft kaum vorgesehen. Das sind Optionen, auf die wir verzichten.

Es gibt aber wohl noch mehr Hindernisse als das Nicht-Verzichten-wollen, die einem anderen Verhalten im Wege stehen. Ein weiteres Stichwort ist der Tunnelblick. Geradezu ein klassisches Beispiel ist der Konflikt zwischen Ökonomie und Ökologie. Wird etwa die Umweltschädlichkeit von Stein- und Braunkohle dargelegt, sind es die Gewerkschaften, die sich lautstark gegen die Schließung von Kohlekraftwerken aussprechen. „Solange es Arbeitsplätze schafft, wen kümmert's, dass die Umwelt leidet? Das ist nicht mein Ressort“, sagen Anwälte der Arbeiterschaft.

Sind – wie in diesem Beispiel – zwei Wahrnehmungen, Wünsche und Absichten nicht ohne weiteres miteinander vereinbar, entsteht ein unangenehmer Gefühlszustand, den die Sozialpsychologie als „kognitive Dissonanz“ bezeichnet. Eine sehr bekannte Strategie, um damit besser klarzukommen,



Der Fluchtpunkt am Horizont: Er verknüpft die konkrete Wirklichkeit mit dem großen Ganzen. Das gilt für diesen Kupferstich aus dem 17. Jahrhundert zum Thema „Mikro- und Makrokosmos“ ebenso wie für den Kirchentag.

Quelle: Deutsche Fotothek, Nr. df_tg_0006328, Aufnahme: MIK-Center Berlin GmbH, 2008

das Handeln selbst

ist die Einstellungsänderung, wie sie der Fuchs praktizierte, als er die für ihn unerreichbaren Trauben als sauer, also unattraktiv bezeichnete. Auch, wenn eine eigentlich als falsch empfundene Handlung mit verändertem Bewusstsein zur Deckung gebracht wird, reduziert sich die Dissonanz. Nimmt jemand ein Wochenendschnäppchen nach Mailand wahr, beruhigt der Betreffende sein Gewissen mit: „Ohne mich wäre das Flugzeug ja auch geflogen.“

Das würde bedeuten, man muss aus dem Tunnel heraustreten, den Blick weiten. Aber was bekommt man dann zu sehen?

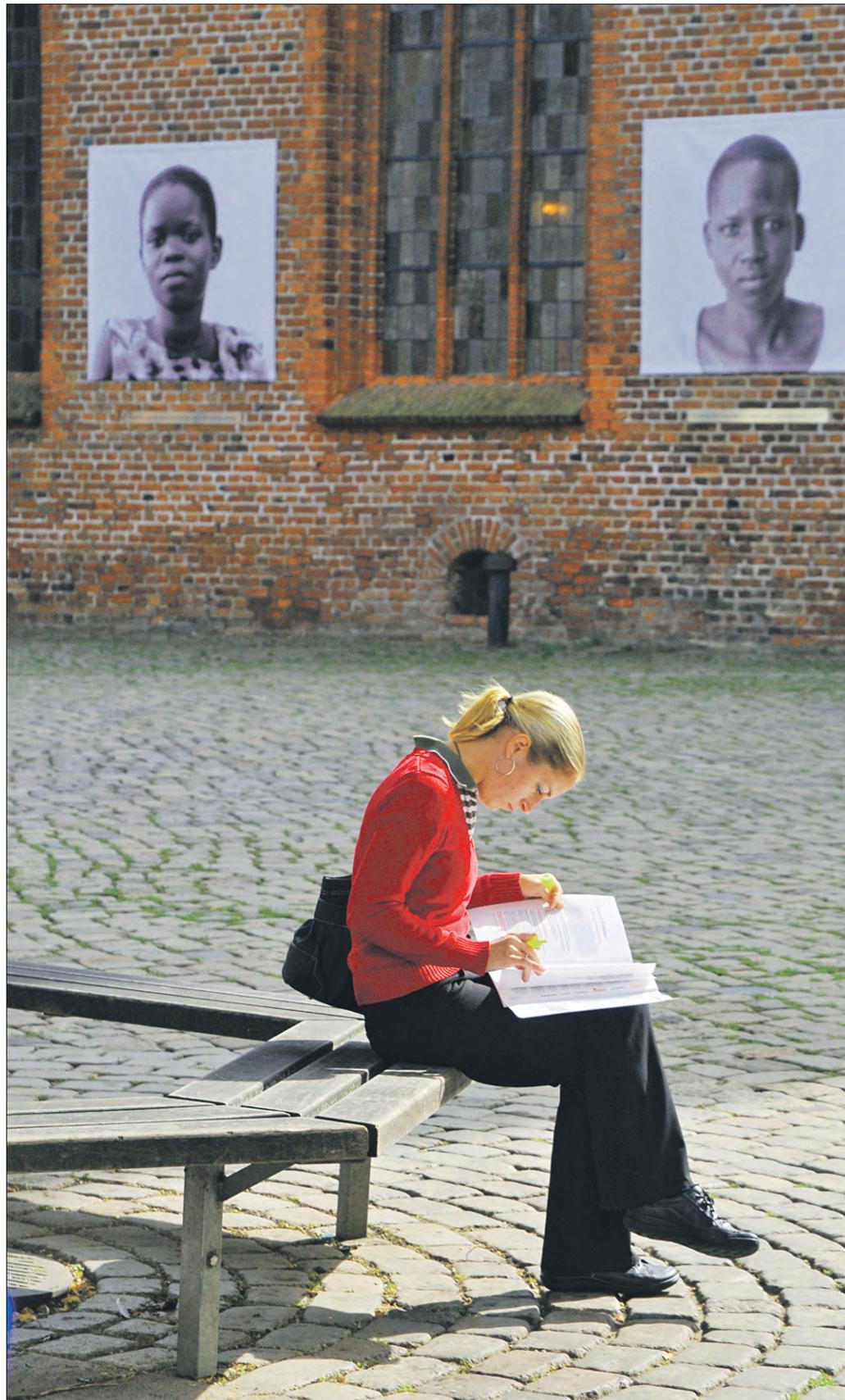
Die ganze Komplexität der Zusammenhänge. Und das macht das Leben auch nicht einfacher. Denn wenn einem klar wird, dass „alles mit allem irgendwie zusammenhängt“, weiß man oft gar nicht, wo mit Veränderungen angefangen werden soll. Man kommt vom Hölzchen aufs Stöckchen, auf ganze Äste und schließlich den Baum selbst. Da lässt man schnell den Mut sinken.

Sie wollen aber den Menschen Mut machen. Wie kommen Sie dann aus dem Dilemma heraus?

Man darf vor der Komplexität nicht die Segel streichen. Im Gegenteil: Wir müssen Vorstellungen davon entwickeln, in was für einer Gesellschaft wir künftig, sagen wir in 15, 20 oder 50 Jahren, leben möchten. Wer soll sie entwickeln und wie soll das geschehen?

Aber bei solchen Träumen soll es ja wohl nicht bleiben, sonst sind wir auch nicht weiter als im letzten Jahr nach dem 1. Politischen Kirchentag. Richtig. Visionen verführen noch lange nicht dazu, diese auch konkret anzugehen, zu handeln; verführerisch ist dagegen das Handeln selbst, also das Vorbild durch Handlung. Das zeigten die politischen Pilgerwanderungen nach Finnland, als die Ergebnisse der PISA-Studie bekannt wurden, ebenso wie die Besuche in der niedersächsischen Gemeinde Jühnde, die sich selbst mit erneuerbarer Energie versorgt.

Ihre Praxisbeispiele betreffen aber auch wieder nur Teilbereiche. Warum soll man sich dann überhaupt der Mühe unterziehen, Utopien zu ent-



Auf dem Politischen Kirchentag 2009.

Foto: Heidi Klinner

werfen? Da kann man doch einfach gleich in einem Teilbereich mit praktischer Umsetzung beginnen?

Weil es letztlich um mehr geht, als um ein effektives Bildungssystem oder um umweltfreundliche Energieversorgung. Es geht um einen anderen Lebensstil, um eine andere Welt.

Für diesen hohen Anspruch haben die gemeinsam entworfenen Visionen die Funktion eines Fixpunkts am Horizont. Sie markieren die Richtung, in die wir uns bewegen müssen. Aber sie allein sind noch nicht ausreichend. Sie bleiben blass, wenn sie nicht mit konkreten Schrit-

ten, mit Handlungen einhergehen. Das ist der zweite wichtige Bestandteil.

Dazu kommt aber noch ein dritter. Die konkreten Handlungsschritte müssen auch dahingehend überprüft werden, ob sie wirklich zum Fixpunkt hinführen. Das Abholzen von

Wäldern, um Soja oder Palmen für die Gewinnung von erneuerbaren Energien anzubauen, ist eines der bekanntesten Beispiele dafür, wie eine Aktion am Ziel vorbei führen kann.

Was könnten solche ersten Schritte hin auf einen Fixpunkt sein?

Ich habe mich einer Kieler Initiative angeschlossen, die für einen umfassenden Wandel in der Stadt Kiel eintritt (www.kielimwandel.de). Ideen, die wir hierzu zusammengetragen haben, sind etwa das Anlegen von Gemeinschaftsgärten auf öffentlichen Flächen, Kochen mit regionalen Zutaten, Carsharing, die gemeinsame Anlage eines Solardaches oder die nachbarschaftliche Nutzung von Geräten.

Damit wäre noch nicht eine gerechtere Welt erreicht, dafür aber ein etwas angenehmeres Leben in einigen Teilbereichen.

Ja, wenn uns das gelingt, hätten wir schon mal mehr Ruhe statt Verkehrslärm, vollen Geschmack statt unreifem Obst aus Übersee, wir hätten Fitness durch Bewegung zu Fuß und mit dem Fahrrad, reges Miteinander beim Tauschen, Reparieren, Planen und Diskutieren. Und mit so vielen guten vorbildlichen Beispielen könnten wir sogar kommunale Entwicklungen beeinflussen.

Und solche Erfolge machen dann vielleicht auch Lust, Mut und geben Energie, weitere größere Schritte in Angriff zu nehmen. Es ist also durchaus möglich, in kleinem Kreis anzufangen, zu handeln und damit andere anzustecken.

Ganz recht. In diesem Sinne wünsche ich dem 2. Politischen Kirchentag, dass er den Teilnehmenden den Blick weite und sie kreativ und voller Elan an die Entwicklung von Visionen und an die Umsetzung von Schritten dorthin entlässt.



Die Mathematikerin, Gesellschaftswissenschaftlerin und Sozialtherapeutin **Ursula Müller** war Mitte der 80er Jahre die erste kommunale Frauenbeauftragte Niedersachsens, später Staatssekretärin im Ministerium für Frauen-, Jugend-, Wohnungs- und Städtebau in Schleswig-Holstein. Die ehemalige Greenpeace-Aktivistin ist heute Mitglied bei *attac* und arbeitet für „Kiel im Wandel“.

Brief aus der Provinz

Theater, Markt, Diskussion und liturgische Feier: Der Kirchentag besitzt sein ganz eigenes Format

Lieber Ralf,

heute ist Sonntag, der erste August. Ich tauche gerade aus dem See auf. Erfrischt nach einem schwülen Sommertag. Noch zwei Tage, dann kehrst Du zurück nach Berlin, aus Deinem Urlaub und willst als Redakteur unseres „Extrablattes“ natürlich wissen: Haben wir die Beiträge für's Journal zusammen? Ja, haben wir.

Aus Erfahrung wissen wir, danach beginnt die eigentliche Arbeit ...

Ich erinnere mich an den Politischen Kirchentag im vergangenen Jahr, Deinen überraschenden Besuch in Plön.

Wir kannten uns nur vom Telefonieren und via Mail, hatten bereits heftig gestritten, über dies und das im Journal. Plötzlich kamst Du einfach angereist – aus der Großstadt in die Provinz, zum Kirchentag. Wir waren beide beeindruckt – stimmt das? Ich von Deinem Aufkreuzen, trotz knapper Zeit, und Du von der Stimmung, der Atmosphäre hier, bei uns. Ja, die Stimmung war besonders. Das gute Wetter, der Charme des Improvisierten in vielerlei Hinsicht spielten keine geringe Rolle.

Heute – wie viele Tage sind es noch bis zum 16. September? – sind wir auf dem Wege zu einem zweiten Politischen Kirchentag. Gegen Ende des ersten kamen Reaktionen wie diese: Verlasst euch nicht darauf, dass ihr ein zweites Mal die organisatorischen Mängel mit Charme kompensieren könnt. Es traf aber auch so viel Ermutigung ein! Ich war mir damals sicher, so etwas macht man nur einmal. Wir hatten Glück, die Zeit war reif. Der Heilige Geist spielte mit. Die Menschen waren in Aufbruchsstimmung, bewegt bis begeistert von den hervorragend besetzten Workshops.

Wie diesen Faden wieder aufnehmen? Oder lieber doch die Finger von so einem komplexen Unternehmen lassen, stattdessen ein Eventmanagement engagieren? Profis eben. Nicht, dass wir auf unserem Terrain keine Profis wären. Aber man könnte das ganze Unternehmen, vor allem wenn es diese Ausmaße annimmt, auch delegieren und sich von den Strapazen backstage erholen.

Taten wir nicht. Wir packen es ein zweites Mal an. Ob das die richtige Entscheidung ist, wird sich erweisen ... Was mich begeistert, ist, dass wir uns der Herausforderung stellen. In erster Reihe Kirchengemeinde, Kirchenvorstand, Pastoren, Jugendliche der Gemeinde, Küster, Gemeindegemeinschaft, Kirchenmusiker und politische Gemeinde. Menschen, die in Plön leben und arbeiten. Das ist beileibe nicht selbstverständlich. Die Leute sind freundlich zu diesem Ort, in dieser Landschaft. Sie zeigen sich hilfsbereit, unterstützend und großzügig. Die Vielgestaltigkeit des 2. Politischen Kirchentags findet hier Raum und Zeit.

Mir fallen die Zeilen des großen Theatermachers Peter Brooks ein: „Nichts im Leben existiert ohne Form und Rhythmus.“ Die Sehnsucht nach einer gerechteren Welt findet im Kirchentag eine Form.

Es ist eine kleine Form. Die hat ihren eigenen Rhythmus – einer Welle vergleichbar.

Die Welle beginnt mit einem festlichen Eröffnungsgottesdienst. Ein „Flowing“ mit runden Bewe-

gungen. Jede Bewegung geht in die nächste über. Es ist Zeit, zu spüren, auf welchem Energieniveau wir uns bewegen und wie wir uns fühlen. Die Hingabe an die Liturgie eröffnet uns das ewig Kontinuierliche. Wir verbinden uns mit dem Fluss dieser Energie und wissen darum, getragen zu sein. Es folgt ein gemeinsames Essen – Abendmahl – an einer langen gedeckten Tafel, begleitet von Musik und Improvisationstheater, bevor es mit einer Podiumsdiskussion im „Staccato“ weitergeht. „Staccato“ bedeutet aktiv, direkt, kontrovers, zielgerichtet und präzise. (Dieser und die anderen Begriffe, die mir hier sehr passend erscheinen, habe ich übrigens durch meine Tanzlehrerin kennen und schätzen gelernt.)

gene Ergebnisse aus den Workshops werden zusammengetragen. Es bräuchte gegenseitige Ermutigung, Beifall, Atem, respektvolle, anerkennende Worte, vielleicht Lieder als anerkennende Ausdrucksform für die eigene Courage und die der anderen.

Gerne entlassen wir im Anschluss daran in eine Pause, in die Stille – „Stillness“ – ausgerüstet mit einem Lunchpaket, begleitet von dem Gefühl: Es gibt nichts mehr zu tun, außer zu sein. Wo und wie überließen wir gern jedem selbst. Es gibt wunderbare Plätze und Wege am Plöner See. Kennst Du übrigens auch nicht, oder? Am späteren Abend ertönt mitreißende Live Musik auf dem Marktplatz. Das Kirchentags-Kino zeigt eine Filmdokumentation. Die Mette um 23 Uhr lädt noch einmal ein in die Stille.

Am Samstag ist „Markttag“. Die „Welle“ beginnt von neuem. „Ick hab' Markttag, Fischtag, Blumenkohlzeit, da hock' ick mich breit, der Kohlrabi weefß Bescheid, die Büchse mit Ravioli, die bleibt zu. Und ick dräng' mir voller Zuversicht von einem Stand zum andern...“ Kennst Du diesen Song von Klaus Hoffmann eigentlich? Oder bist Du zu jung? Der „Markttag“ hat es in sich. Tempo-reich und beschwingt wie der Song. Workshops, Bibelarbeit, Frühlingshoppes, junge Zir-

kusartisten, mehr als 25 Markt- und Informationsstände, Brotzeit, Eröffnung der regionalen Klimakampagne mit anschließendem Spiel. Ein Markt der Möglichkeiten. Ich nenne ihn leicht abgewandelt den Markt der „Wirklichkeiten“, zeigt er doch, mit wie vielen netteren Menschen wie viel bereits heute hier und am anderen Ende der Welt gerecht(er) zugeht. Greffrath fand dafür auf dem 1. Politischen Kirchentag Plön folgende Worte: „Es ist die Kraft dieses WIR, das wir anbieten können. Dieses WIR ist unser Alleinstellungsmerkmal“. Dieses WIR der Kooperation und der Solidarität, mit dem die Ökonomen nicht rechnen können: Das WIR bringt ihre Rechnungen durcheinander.“

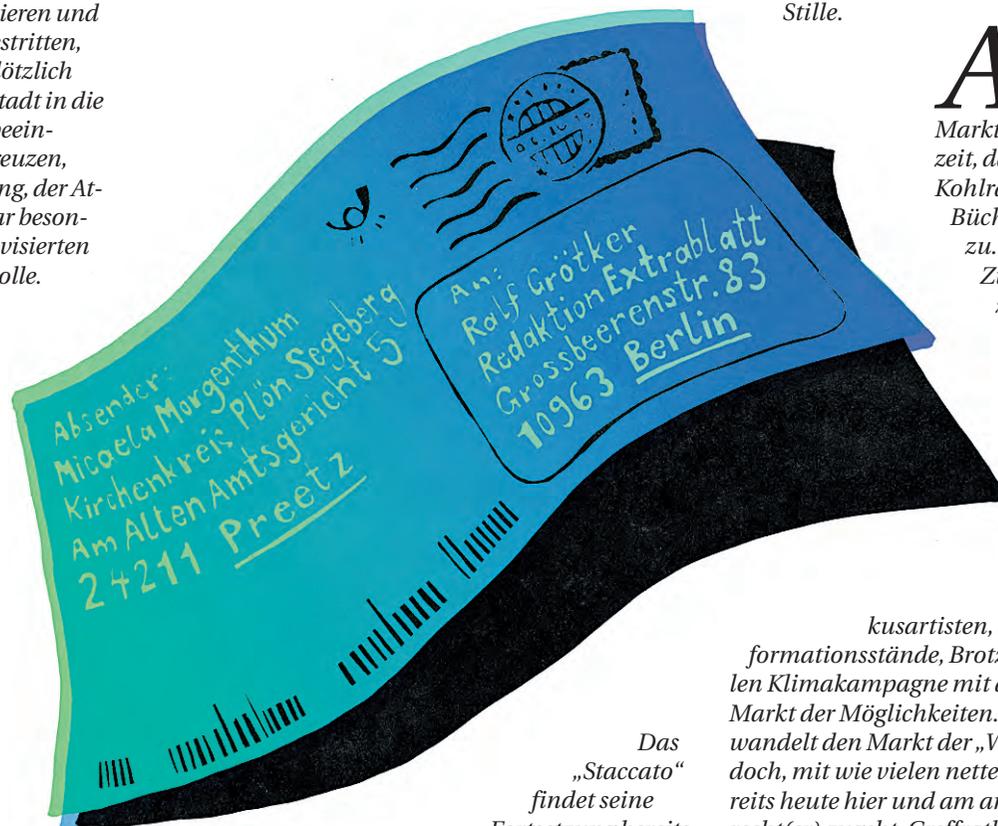
Dieses WIR schließlich trifft sich zur „Hohen Zeit – Zum Gebet der Religionen“ in der Nikolaikirche zum Abschluss des 2. Politischen Kirchentages. Wirst Du dabei sein?

Sommerliche Grüße

Micaela Morgenthum



Micaela Morgenthum ist Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Kirchenkreis Plön-Segeberg und stellvertretende Geschäftsführerin des Politischen Kirchentages Plön.



Das „Staccato“ findet seine Fortsetzung bereits am nächsten Morgen, dem Werktag. Die Teilnehmer

und Teilnehmerinnen der zwölf Workshops, die sich viele Stunden an einem Ort versammeln und einrichten, wissen genau, was sie wollen und was sie nicht wollen. Klartext ist gefordert. Ein Mitteilen von Erfahrungswissen. Jede, jeder ist Expertin, Experte. „Chaos“ folgt ganz natürlich aus Fließen und Staccato. Chaos hat in unserem Kulturkreis keinen guten Ruf. Es impliziert, dass man außer Kontrolle gerät, und das macht viele Leute nervös. In Wahrheit beginnt hier das Reich der Kunst, der Polaritäten. Unvorhergesehenes wird als Ausdruck von Lebendigkeit erfahren. Die ClowNetten werden dazu in jedem Workshop clowneske Interventionen wagen. Passend zum Thema. Na klar.

Im „Assemblé“ treffen alle nach Ende des Workshops wieder zusammen. Im vergangenen Jahr nannten wir es ganz nüchtern „Plenum“ und lernten, dass es der fragilste Abschnitt des Kirchentages war. Dem würden wir in diesem Jahr gern gerecht(er) werden. Durch die Versammlung – „Lyrical“ – moderieren die wunderbare Kommunikationsberaterin und Theologin Heidemarie Langer und der Schriftsteller und Publizist Mathias Greffrath. Ei-

Erfahrungsbericht

An die zwanzig Organisationen richteten diesen politischen Kirchentag aus. Über die Suche nach einer gemeinsamen Linie



Turbulenzen gibt es wohl immer, wo Menschen mit unterschiedlichen Wünschen zusammenarbeiten – auch wenn es hinterher nicht mehr danach aussieht.

Foto: Remon Rijper

Von Birgit Goldenstern

Im letzten Jahr haben wir den Politischen Kirchentag abgeschlossen mit einem Gefühl, etwas Tolles in Bewegung gesetzt zu haben mit allen Beteiligten. Etwas, an das man anknüpfen kann. Und so nahm die Fortsetzung des 1. Politischen Kirchentages schon Ende vergangenen Jahres Gestalt an. Wenig später hat mich Pastor Michael Schwer gefragt, ob ich wieder mit dabei sein wollte. Natürlich wollte ich. Und so durfte ich anfangen, auch diesen Kirchentag mitzugestalten, zu unterstützen im Operativen, mit viel Spaß und Elan. Michael hat viel Kraft in die Vorbereitung gesteckt, viel Herzblut. Hat Kontakte geknüpft, Sponsoren akquiriert, zusammen mit Micaela den Rahmen geplant und mit ihr und vielen anderen den Weg zum jetzigen Kirchentag geebnet. Leider verließ ihn die Kraft. Er musste pausieren.

Was wir jetzt wohl daraus machen? Wie es wohl werden wird? Wir sind – nach einigen Turbulenzen – auf einem guten Weg. Durch viel Improvisation und mutiges Voranschreiten. Nicht immer lief alles glatt. Bei einem Projekt dieser Größenordnung (immerhin arbeiten hier

kirchliche und zivilgesellschaftliche Organisationen unterschiedlichster Couleur an der Erreichung eines gemeinsamen Ziels) ist von vornherein mit Reibungen zu rechnen. Überall dort, wo Menschen zusammenarbeiten, kommen sie mit unterschiedlichen Motiven zusammen. Und dann sind immer auch die Wünsche Einzelner mit der gemeinsamen Linie in Einklang zu bringen.

Jedes Mitglied der „Lage“ (so nennen wir unseren Planungskreis) hatte Gelegenheit, in unserem Projekt genau das zu beobachten. Man möchte sich selbst in den Ergebnissen des Projektes zu hundert Prozent wiederfinden. Und dann kommt es zu Konflikten. In unserem Fall hatte der biblische Spruch, welcher vom Präsidium in diesem Jahr dem Motto „Für eine gerechtere Welt“ zur Seite gestellt worden war, eine regelrechte Sprengkraft: „Was hülfte es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewönne und doch Schaden nähme an seiner Seele?“ (Mt. 16,26).

Was bedeuten diese Zeilen? Für mich steht das Gewissen dahinter, welches jeden Menschen bei seinem Handeln begleiten sollte. Gäbe es keine über uns stehende moralische Instanz, was würde

uns dann zum Einhalten moralischer Grundsätze bringen? Was hätte ich zu befürchten, würde ich rein egozentrisch handeln? Wer wollte mir dies verübeln? Wer darüber befinden, gar richten? Nun, dieses biblische Diktum, egal, ob religi-

Nicht belehren, nicht schulmeistern, sondern sanft die Augen auf Wesentliches lenken. Vielleicht gelingt uns das ja.

ös oder aus weltlicher Sicht interpretiert, hat für extreme Gefühlswallungen und dem Bestehen auf Prinzipien gesorgt. So sehr, dass es in seiner „Werbekraft“ abgeschwächt werden und ein neuer Flyer produziert werden musste, um Wunden zu heilen und die Nichtbeachtung von Empfindlichkeiten zu kurieren. Dies war eine der spannenden Begebenheiten im Projektverlauf.

Das Schöne an der Mitarbeit an diesem Kirchentag ist für mich, die Lösungen zu sehen. Es geht immer weiter, und meist sogar wirklich gut.

Oft schon in meinem Leben musste ich mich zurücknehmen und mich zwingen, nicht wie Don Quichote gegen Windmühlen zu kämpfen. Wieder einmal mehr erlebte ich bei den Vorbereitungen zu diesem Kirchentag, dass man seine Weltsicht nicht anderen aufzwingen kann. Nur durch positives Vorleben kann man andere zum Nachdenken und Nachahmen motivieren. Nicht belehren, nicht schulmeistern, sondern sanft die Augen auf Wesentliches lenken, gewaltfrei informieren, gewaltfrei kommunizieren. Vielleicht gelingt uns das ja mit dem 2. Politischen Kirchentag in Plön. Dann wäre, im Kleinen, schon viel gewonnen, ohne die Absicht, sofort die Welt verbessern zu wollen – geschweige denn, dies zu können.

Wie wird der Kirchentag in diesem Jahr angenommen werden? Das vermag ich nicht zu sagen. Nur so viel: Ich bin sehr gespannt, und freue mich, ein Teil des Ganzen zu sein. Ich wünsche dem Kirchentag viele Besucher – er ist es wert.



Birgit Goldenstern ist Assistentin der Geschäftsführung des Politischen Kirchentages Plön.

Vereinte Kräfte: NGOs und Kirche

Seit 2001 gibt es das Weltsozialforum: Eine jährliche, an verschiedenen Orten der Welt stattfindende Gegenveranstaltung zu den Zusammenkünften der Wirtschaftsführer und Regierungschefs wie etwa dem Gipfeltreffen der Welthandelsorganisation WTO und dem Weltwirtschaftsforum in Davos. Das Weltsozialforum ist so etwas wie die große Schwester des Politischen Kirchentags Plön, der im Vorjahr erstmals parallel zum Global Economic Symposium im Plöner Schloss veranstaltet wurde. Jürgen Reichel, der mehrmals beim Weltsozialforum dabei gewesen ist, berichtet über die Rolle der Religionsgemeinschaften innerhalb des breiten Bündnisses von NGOs, die das Forum tragen.

Von Jürgen Reichel

Jedes Forum ist anders. In Lateinamerika machen sich Kleinbauern und Kleinbäuerinnen auf den Weg, Indigene aus dem Amazonasbecken, Frauen- und Menschenrechtsgruppen. Immerhin ist der brasilianische Staatspräsident zu Gast, Luiz Inácio „Lula“ da Silva. Im Weltsozialforum sieht er auch sein Kind, geboren in der Zeit, als er noch Gewerkschaftsführer war. Er respektiert die Grenze, die er jetzt als Staatsoberhaupt zu beachten hat: Nun ist er Regierung, selber Adressat von heftigen Attacken, weil die Rechte der Armen Brasiliens noch lange nicht eingelöst sind. Schwerer tut er sich mit den Klagen über die Verwüstung der Umwelt. So wie er Entwicklung versteht, haben der Ausbau der Industrie, die Förderung von Investitionen und die Erschließung von Rohstoffen Vorrang. Für einen gewissen Ausgleich zwischen Arm und Reich in seinem Land setzt er sich ein. „Naturschutz“ aber kommt später dran. In die Programmatik des Forums greift er nicht ein.

Andere Staatenlenker sind weniger zimperlich. Hugo Chávez aus Venezuela spricht mit den Versammelten wie zu seinesgleichen. In seinen Augen gehören alle zur Bewegung, alle sind antiimperialistisch ausgerichtet. Für Chávez verläuft die Trennlinie nicht zwischen Zivilgesellschaft und Staat, sondern zwischen US-dominierte Globalisierung und deren Gegnern.

Demokratische Kräfte in Lateinamerika arbeiten sich an solchen Gegensätzlichkeiten aneinander ab. Ein anderer virulenter Widerspruch: Sind in einem Forum der Bewegungen die Nichtregierungsorganisationen längst zu prägend? Dominieren sie mit ihrer Kultur, die die bürgerliche imitiert, mit ihren Mitteln, ihrer internationalen Vernetzung diejenigen, die sich auf der Straße äußern, die vertrieben, marginalisiert, entrechtet werden?

Noch heftiger die Gegensätze beim Weltsozialforum 2004 in Mumbai. Dort wurde ein Gegenforum zum Gegen-Gipfel gegründet. Schon das „offizielle“ Forum weigert sich, Geld aus „kriegsführenden Nationen“ anzunehmen – wie von den USA und Großbritannien, die den 2. Irakkrieg begonnen haben. Das Gegen-Gegenforum will noch konsequenter sein. Man siedelt die Veranstaltung in einem kontaminierten Fabrikgelände an. Es gibt keine kommerziellen Essensstände, nur kleine Garküchen sind zugelassen. Wuchtig trommelnde Dalits, so genannte „Unberührbare“, bestimmen das Bild. Von NGOs gestaltete Podienveranstaltungen finden keinen Anklang – die meisten Teilnehmer sprechen gar kein Englisch und wollen nicht still Diskussionen mit verfolgen.

Auffällige Christen

Noch etwas anderes Überraschendes hat sich in Mumbai ergeben. Beim säkularen Weltsozialforum im hinduistisch und muslimisch geprägten Indien fallen die Christen auf – weil es erkennbar so viele sind, anteilmäßig deutlich mehr als es der christliche Bevölkerungsanteil von zwei Prozent in Indien nahe legen würde. Tausende von Besuchern des Forums tragen T-Shirts von CASA („Church's Auxiliary for Social Action“). An allen Ecken treffen die Teilnehmerinnen auf Gruppen von Nonnen. Pfarrer und Bischöfe treten in Workshops auf und setzen sich



Chavez und Anhänger: Anti-Imperialismus als gemeinsamer Nenner.

für sozialen Wandel, Gerechtigkeit und die Förderung besonders benachteiligter Gruppen wie der Dalits und Adivasi ein. Soziales Engagement scheint im christlichen Bevölkerungsteil stärker ausgeprägt zu sein. Berührungsängste mit säkularen, manchmal rhetorisch kämpferisch auftretenden Bewegungen scheinen nicht zu bestehen. Und trotz der Angriffe, denen Christen sich in Indien immer wieder ausgesetzt sehen, geben sie sich zu erkennen. In Gesprächen mit den Führungspersonlichkeiten gerade der Gruppen, die durch das traditio-

nelle hinduistische Kastenwesen ausgegrenzt werden, den Dalits und Adivasi, wird deutlich, dass sie – ob selber Christen oder nicht – auf die Kirche zählen.

Proteste

Zwei Jahre später, 2006 in Nairobi, sind einige der Aktivisten aus Brasilien und Frankreich, die das Forum von Anfang an mit geprägt haben, regelrecht erschrocken über die kirchlich – christliche Präsenz an allen Ecken. Es wimmelt von Ständen, die darüber informieren, wie Christen in Liberia, Äthiopien oder Ma-



Weltsozialforum Nairobi: Zelte, in denen permanent Gottesdienst gefeiert wird, aber auch Trommel-Aufführungen.

mehr als eine Zweckgemeinschaft

lawi den Kampf gegen Armut und Ausgrenzung führen. Es gibt Zelte, in denen permanent Gottesdienst gefeiert wird. Kreuze stehen auf dem Gelände. Das alternative Forum, das wie schon in Mumbai auch hier abgehalten wird, ist bei einer katholischen Kirche im größten Slum von Nairobi angesiedelt und findet riesigen Zulauf.

Einige Mitglieder des Internationalen Rates des Weltsozialforums beschwerten sich nachher erbittert. Die Kirchen hätten das Forum, ihr Forum, regelrecht entführt. Und dann passiert etwas Bemerkenswertes: Einige der großen, international bekannten Organisationen – IBASE in Brasilien, Tebtebba aus den Phi-

Und dann passiert etwas Bemerkenswertes: Einige der großen, international bekannten Organisationen – allesamt säkular – stehen auf und erklären, dass sie sich ohne die Unterstützung der christlichen Kirchen nicht hätten entfalten können.

lippinen, indische Menschenrechtsorganisationen, allesamt säkular – stehen auf und erklären, dass sie sich seit Jahrzehnten ohne die Unterstützung der christlichen Kirchen nicht hätten entfalten können, dass Demokratisierung und der Kampf um Menschenrechte in Brasilien, Indien und Südafrika immer von Christen unterstützt worden ist. Sie erinnern an die evangelischen Hilfswerke, an Christian Aid in Großbritannien, ICCO in Holland oder den EED in Deutschland, die seit jeher an der Seite der Armen standen. Sie argumentieren, dass man innerhalb der Religionen unterscheiden müsse, dass man nicht gewaltbereite religiöse Extremisten oder auf Ausgrenzung bedachte Fundamentalisten mit denjenigen Gläubigen in einen Topf werfen darf, die sich für Toleranz und Menschenrechte einsetzen.

2011 in Dakar

Beim nächsten Weltsozialforum, im Januar 2011 in Senegals Hauptstadt Dakar, wird erstmals ein Forum in einer muslimisch geprägten Region stattfinden, die in der Kolonialzeit französische Einflüsse erfahren hat. Dakar war der „Hafen ohne Wiederkehr“: Von hier aus wurden Hunderttausende von Sklaven verschifft. Für viele steht das Christentum für diese furchtbare Vergangenheit, die die Sozialsysteme in Afrika bis heute untergraben hat. Die Nahost-Problematik liegt in der Luft. Der Senegal ist kulturell auf die arabischen Länder ausgerichtet; die Unter-



Oft von Christen unterstützt: Der Kampf um Menschenrechte, Demokratisierung und Autonomie.

Fotos: Jürgen Reichel/EED

stützung, die Israel durch die USA und Europa erhält, erfährt auf dem Forum oft harsche Kritik. Auch das färbt auf die Einstellungen zu den christlichen Kirchen ab. Im Vorfeld jedenfalls ist es den kleinen christlichen Kirchen nicht gelungen, in das nationale Organisationskomitee aufgenommen zu werden.

Der Platz der Kirchen im Forum wird aber nicht generell bestritten. Von Anfang an waren die Kirchen dabei, ohne dass das manchen der Hauptakteure so ganz bewusst war. Als das erste Weltsozialforum 2000 in Porto Alegre zusammengerufen wurde, mögen sich einige französische Aktivisten ein „religionsloses“ Forum vorgestellt haben, vielleicht, weil es ihnen fremd ist, den Religionen eine öffentliche Rolle zuzubilligen. Für die Brasilianer sah das schon anders aus. Zu den acht Gründungsorganisationen gehörte eine katholische – Justitia et Pax Brasilien mit ihrem Sprecher Francisco „Chico“ Whitaker. Einige der anderen wie das schon angeführte IBASE konnten auf eine lange und vertrauensvolle

Zusammenarbeit mit Kirchen zurückblicken. Sie haben deshalb ohne Zögern christliche Zusammenschlüsse in den Internationalen Rat des Forums berufen: Justitia et Pax, Caritas Internationalis und den Dachverband der katholischen Hilfswerke CIDSE, auf der katholischen Seite, den Weltkirchenrat und APRODEV, das Dach der evangelischen Hilfswerke, auf der anderen Seite.

Nicht unter „ferner liefern“

Spannend wird es, die weitere Entwicklung zu beobachten. Keine andere Religionsgruppe bringt sich erkennbar so stark in das Weltsozialforum ein. Natürlich haben die Christen nicht den Anspruch auf Gerechtigkeit oder ökologische Nachhaltigkeit gepachtet. Es scheint ihnen aber leichter zu fallen, mit dem dominanten säkularen Grundton zurechtzukommen. Sie haben vielleicht größere Übung darin, den internationalen Slang der Nichtregierungsorganisationen, der sich an den Vereinten Nationen orientiert, mit zu sprechen und Mil-

lenniumsentwicklungsziele oder Menschenrechte in ihren eigenen Programmen zu übersetzen. Aber alle anderen Religionen kennen das Streben nach Frieden und die Forderung nach Barmherzigkeit; viele sind inniger als das Christentum auf die Schöpfung bezogen.

Wenn das Weltsozialforum auf Dauer eine in erster Linie säkulare Veranstaltung bliebe, auf der Christen und andere Religionsgemeinschaften lediglich unter ‚ferner liefern‘ einbezogen werden, müsste es als gescheitert erachtet werden. Denn überall außerhalb Europas und der Welt der säkularen Nichtregierungsorganisationen sind es die Religionen, welche die Haltungen der Menschen und ihre Einstellungen zu Gerechtigkeit bestimmen.



Jürgen Reichel ist Pfarrer und Leiter des Referats Entwicklungspolitischer Dialog beim Evangelischen Entwicklungsdienst e.V. in Bonn und Mitglied des Internationalen Rates des Weltsozialforums.



Globale Solidarität

Zwischen partnerschaftlicher Projektarbeit und egoistischen Wirtschaftsinteressen

Von Heino Schomaker

Am Hindukusch hilft der Oststeinbeker Verein Schulen für Afghanistan seit vielen Jahren beim Bau von Schulen und liefert damit den zentralen „Rohstoff“ für eine gesellschaftliche Entwicklung. In Nepal ist in Zusammenarbeit mit dem Kieler Verein Namaste im Distrikt Kanchara ein Büffelzuchtprojekt initiiert worden, das vielen Familien Existenzgrund-

lage ist und Perspektiven schafft. In Schleswig-Holstein verkaufen ehrenamtlich geführte Weltläden in verschiedenen Städten fair gehandelte Ware und stützen damit selbstverwaltete Produktionsstrukturen in südlichen Ländern.

Die Beispiele zeigen: Bei uns in der Region sind stabile Partnerschaften entstanden, in denen die Hilfe aus dem Norden als gemeinsames Projekt der Menschen hier und im Süden organisiert

wird. Gleichberechtigte Zusammenarbeit, Selbstbestimmung und die gemeinsame Verantwortung für eine angepasste Entwicklung sind die zentralen Werte, die von den Partnern gelebt werden.

Gerade in der Entwicklungszusammenarbeit gibt es seit langem vielfältige Kooperationen auch zwischen kirchlichen und nichtkirchlichen Gruppen. Hier werden Projekte angestoßen und realisiert, mit denen sich die Menschen im Süden identifizieren, die von ihnen getragen und weiterentwickelt werden. Damit diese Arbeit und ihre konkreten Erfolge breiter entfaltet werden können, sind die Akteure darauf angewiesen, dass ihre Initiativen auch von der Politik aufgenommen und mit ernsthaftem finanziellen Engagement verbunden werden.

Doch damit steht es schlecht: Während in Plön der zweite Politische Kirchentag stattfindet, wird die Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York eine ernüchternde Bilanz der öffentlich finanzierten Entwicklungszusammenarbeit ziehen. Im Jahr 2000 hatte die Völkergemeinschaft mit der Aufstellung der so genannten „Millenniums-Entwicklungsziele“ die Perspektive verbunden, die Armut in der Welt zu beseitigen. Aber nicht einmal die versprochenen und dringend erforderlichen Finanzmittel wird es geben.

Die Erhöhung der Entwicklungshilfe auf einen Satz von 0,7% des Bruttosozialproduktes bis 2015 ist in weite Ferne gerückt, schon jetzt liegen die Zahlungen der EU-Länder mit einem Anteil von 0,45 bis 0,46 Prozent weit hinter den Zusagen; für Deutschland beträgt der Anteil sogar nur 0,41%.

Sabine Haft, Vorsitzende beim Bündnis Eine Welt, dem Zusammenschluss der Nord-Süd-Gruppen in Schleswig-Holstein, weist darauf hin, dass in diesem Fall 12 bis 13 Milliarden Euro der versprochenen Hilfe fehlen werden. „So berechtigt manche Kritik an der staatlichen Entwicklungspolitik auch sein mag; Mittelkürzungen machen nichts besser, sie verschärfen die Situation“, sagt Haft.

Und auch am Einsatz der zukünftigen Mittel übt sie heftige Kritik: „Wer die Vergabe der Gelder noch stärker an den eigenen wirtschaftlichen Interessen ausrichten will, wie Entwicklungshilfeminister Dirk Niebel dies plant, verliert die Millenniumsziele und die internationale Zu-

Als Christen müssen wir dort helfen, wo Not herrscht, und nicht dort, wo es militärisch erfolgversprechend ist.

Caritas-Präsident Peter Neher

sammenarbeit auf diesem Gebiet aus dem Blick“. Aus den Reihen der Kirche gibt es Kritik an den Forderungen, dass Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit stärker mit der Bundeswehr kooperieren sollen. Dazu sagt der Caritas-Präsident Peter Neher: „Als Christen müssen wir dort helfen, wo Not herrscht, und nicht dort, wo es militärisch erfolgversprechend ist“.

Das Bündnis Eine Welt, das zu den Kooperationspartnern des Plöner Kirchentags gehört, wird auf dem Markt der Möglichkeiten die eigenen Arbeiten und Sichtweisen präsentieren und sich an der Formulierung und Realisierung von globalen Perspektiven gegen Armut und Zerstörung beteiligen. „Dabei wollen wir gern auch deutlich machen, wie sehr persönliche Begegnungen unsere Fremdwahrnehmungen beeinflussen“, sagt Sabine Haft. „Etwas theoretisch zu wissen, ist etwas anderes, als es mit allen Sinnen zu erfahren. Und dann diese Erfahrungen trotzdem nicht zu verallgemeinern, sie als etwas Besonderes im Allgemeinen wahrzunehmen, dies ist eine Kunst, die wir nicht nur in der Entwicklungszusammenarbeit – immer wieder neu üben und reflektieren müssen.“



Heino Schomaker ist Geschäftsführer der Heinrich-Böll-Stiftung in Schleswig Holstein.



Jeder Mensch hat etwas, das ihn antreibt.

Wir machen den Weg frei.

Wir sind mit unserem Team für Sie vor Ort:

- **Persönlich**
- **Kompetent**
- **Zuverlässig**

Sprechen Sie uns an.

150 Jahre
Leistung & Verantwortung

VR Bank Ostholstein Nord - Plön eG



Kleines Plädoyer für große Klugheit

Bildung für nachhaltige Entwicklung: Es geht ums Ganze!

Von Heino Schomaker

Spannende Bildungsangebote zu einer Vielzahl von Themen und in sehr unterschiedlichen Bezügen stehen, wie im letzten Jahr, im Zentrum des 2. Politischen Kirchentags in Plön. Sie sollen Problemlagen darstellen und analysieren, unterschiedliche Blickwinkel ermöglichen, Lösungsvorschläge und gesellschaftliche Perspektiven zur Diskussion stellen und Handlungskompetenzen vermitteln.

Und damit ist ein ganz bestimmtes Verständnis von Bildung gemeint. „Bildung wird bei uns zum Instrument für demokratische Kultur“, sagt Micaela Morgenthum, stellvertretende Geschäftsführerin des Kirchentags. Die Themen der Workshops und der weiteren Veranstaltungen wurden von vielen Menschen, die an der Vorbereitung des Kirchentags beteiligt waren, erarbeitet. Die konkrete Umsetzung bezieht die TeilnehmerInnen als aktiv gestaltende Akteure mit ein. „Wenn wir über Klimawandel, den notwendigen Umbau der Wirtschaft, die wachsende Armut in Deutschland oder über faire Beschaffung reden, dann geht es immer um den Dreiklang aus Lernen, der Entwicklung eigener Positionen und konkreten Konsequenzen für den eigenen Alltag“, so Morgenthum. Und das hat immer auch einen globalen Aspekt, der den Zusammenhang zwischen den Lebensstilen hier in Deutschland und deren Auswirkungen auf die Lebensbedingungen von Menschen in anderen Weltregionen beleuchtet.

Das Konzept

Nicolaj Flemming nennt das „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“. Flemming ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Kieler Universität und Sprecher des „Forum Nachhaltigkeit lernen“. „Es geht ums Ganze“, sagt er. Die globalen



Teams im Wettkampf um die Rettung der Erde: Gemeinsames Puzzeln beim Globall-Spiel.

Risiken von Klimawandel und Umweltzerstörung, ökonomische Verwerfungen, ungleiche Lebenschancen, Hunger und Armut sind zentrale Herausforderungen für die Bildung der Zukunft, in allen Lebensbereichen und über alle Grenzen hinweg. „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung bietet die Möglichkeit der Entwicklung von Kompetenzen, die jeden Menschen dazu befähigen, das eigene Leben richtig gut zu gestalten und damit den Aufbruch in eine für alle lebenswerte Welt zu wagen“, formuliert Flemming seinen pädagogischen Anspruch.

In Schleswig-Holstein spielen diese Vorstellungen einer neuen Lernkultur eine zunehmende Rolle. Wie Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Praxis aussieht,

zeigen die Einrichtungen und Akteure, die sich im „Forum Nachhaltigkeit lernen“ zusammengeschlossen haben.

Praxisbeispiele

So findet zum Beispiel in der Ludwig-Erhard-Schule in Kiel seit vielen Jahren ein Markt der Möglichkeiten mit Info-Ständen, Vorträgen, Diskussionsangeboten und Filmen statt, der SchülerInnen an bürgerschaftliche Verantwortung und an Inhalte und Formen zivilgesellschaftlichen Engagements heranführt. Die thematische Spanne reicht vom Umweltschutz über die Menschenrechts- und Entwicklungszusammenarbeit bis hin zu Fragen von Gesundheit und Suchtprävention.

Der ErlebnisWald Trappenkamp, ein weiteres Beispiel, ist ein idealer Lernort für den Gleichklang von Ökologie, Ökonomie und Sozialem. Naturschauspiele lassen sich überall entdecken, im Wildfreigehege, auf Spaziergängen über Waldwiesen oder mitten in der Stille des Waldes. Die Naturspielräume regen das fantasievolle Spiel an. In Freizeitatmosphäre wird hier der Wald als Medium und Modell für eine nachhaltige Entwicklung erfahren.

Und im Multimar Wattforum in Tönning lassen sich die Geheimnisse des Wattenmeeres entdecken. Das Wattenmeer zeigt auf seine eigene Art und Weise, wie Natur, Pflanzen und Tiere sich immer wieder an die täglich wechselnden Bedingungen auf dem Watt anpassen. Das Multimar macht die Vielfalt dieses Lebensraums anschaulich und stellt die Verbindung zu unserem eigenen Alltag her.

Diese wenigen Beispiele deuten an,

dass Bildung für eine nachhaltige Entwicklung auf vielfältigen Wegen die Zusammenhänge thematisiert und erlebbar macht. Das gemeinsame pädagogische Ziel ist es, die Bedeutung des eigenen Handelns auch im globalen Maßstab begreifbar zu machen und durch Perspektivwechsel und das Entwickeln von Visionen Handlungsmöglichkeiten zu eröffnen.

In Kita & Schule

Den Akteuren des Forums geht es darum, dieses andere, zukunftsfähige Bildungsverständnis zu vermitteln und in Kitas, Schulen und Hochschulen sowie in der außerschulischen Bildung, der Berufsausbildung und der Weiterbildung zu implementieren. „Nachhaltigkeit als globales und generationenübergreifendes Gerechtigkeitsprinzip ist schwer zu erklären, aber spielend leicht zu verstehen“, sagt Flemming.

Gudrun Nolte-Wacker, Vertreterin von Brot für die Welt und Organisatorin der regionalen Eröffnung der nordelbischen Klimakampagne auf dem Kirchentag, hat Nicolaj Flemming und sein Team nach Plön geholt. Die Kieler ErziehungswissenschaftlerInnen werden auf dem Kirchentag das von ihnen entwickelte Globall-Spiel präsentieren (siehe Kasten). Damit wird ein sehr spannendes Angebot gemacht, Bildung für nachhaltige Entwicklung kennen, schätzen und lieben zu lernen.

Global

Der BNE-Team-Wettkampf Globall wurde von Studierenden am Institut für Pädagogik der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel im Auftrag des Landes Schleswig-Holstein entwickelt und 2009 als offizielles Projekt der UN-Weltdekade ausgezeichnet. Er illustriert den paradigmatischen Wechsel der nachhaltigen Entwicklung von einer Gefahrenabwehr zur aktiven Zukunftsgestaltung. Dahinter steht der Leitgedanke, Bildung für nachhaltige Entwicklung zu veranschaulichen.

Der Wettkampferzählt die Geschichte der Idee der Nachhaltigkeit: nämlich von der Erkenntnis der Endlichkeit unserer Ressourcen, über das Engagement

der Umweltbildung, zur Weltstaatenkonferenz von Rio, bis zur Entwicklung der Vision einer nachhaltigen Zukunft. Jeder einzelne Wettbewerb macht die didaktischen Prinzipien und Schlüsselqualifikationen des Bildungsziels Gestaltungskompetenz erfahrbar. Globall beantwortet auf spielerische Weise die Fragen, welches Wissen, welche Fähigkeiten und Fertigkeiten wir für die Gestaltung unserer Zukunft brauchen.

Im Wettkampf ringen zwei bis sechs Teams in sechs spannenden Wettbewerben um die Zukunft des Globus. Wissen, Urteilsvermögen und Handeln sind gefragt, um die Prüfungen zu bestehen.

Globall Markt der Möglichkeiten, Samstag, 18. September, 14.15 - 15.30 Uhr; Moderation: Nico Flemming, Universität Kiel.

Den Gürtel enger schnallen – für wen?

Zur staatlichen Sparpolitik und ihrer scheinheiligen Begründung

Von Andreas Meyer

Die hohe Verschuldung der Staatshaushalte wird in vielen Ländern der EU zum Anlass genommen, sozialstaatliche Strukturen abzubauen. Die Sparpolitik wird damit begründet, dass die Bevölkerung über ihre Verhältnisse gelebt habe und sich die Staaten aufgrund ihrer hohen Verschuldungen die sozialen Sicherungssysteme in den bestehenden Formen nicht mehr leisten können. In der Logik dieser politischen Erzählung müssen diese Sicherungssysteme den Herausforderungen der Globalisierung und des demographischen Wandels „angepasst“, sprich: gekürzt werden.

Ein genauerer Blick auf die gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland eröffnet allerdings ein anderes Bild als das von übersättigten Staatsbürgern in sozialen Hängematten. Das wird allein durch einige Schlaglichter auf die soziale und wirtschaftliche Entwicklung des letzten Jahrzehnts deutlich.

Vor Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise hatte in Deutschland das Bruttoinlandsprodukt seine historische Höchstmarke erreicht. Versteht man darunter den gesellschaftlich erarbeiteten Reichtum, so lässt sich sagen, dass dieser in Deutschland ein noch nie dagewesenes Ausmaß erreicht hat. Das sagt allerdings nichts über dessen Verteilung aus. Gerade in dem letzten Jahrzehnt vollzog sich eine starke Umverteilung von unten nach oben.

Bereits unter der Rot/Grünen-Bundesregierung bekam der Umverteilungsprozess einen enormen Schub. Die Hartz IV-Reform löste mit ihrer Zumutbarkeitsklausel und den Ein-Euro Jobs auf der Basis der hohen Arbeitslosigkeit einen ungeheuren Druck auf die Beschäftigungsverhältnisse und das Lohnniveau aus. Dazu kamen die Liberalisierung von Leiharbeit und der Ausbau geringfügiger Beschäftigung. Die Zunahme von Niedriglöhnen und prekärer Arbeit waren die Folge.

Insgesamt führte dieser Prozess dazu, dass während der Aufschwungphase bis 2008 bei steigendem Wirtschaftswachstum und steigender Produktivität die Reallohne sanken. Ein einmaliger Vorgang in der deutschen Nachkriegsgeschichte.

Im Zuge dieser Entwicklung ist der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen zwischen 2000 und 2008 von 72 auf 61 Prozent zurückgegangen, während im gleichen Zeitraum die Einkommen aus Unternehmensgewinnen und Kapitalbesitz von 28 auf 39 Prozent stiegen.



Diese Verschiebung ist neben der politisch gewollten Verbilligung der „Ware Arbeitskraft“ auch das Resultat aus der steuerlichen Entlastung des Kapitals und höherer Einkommensgruppen. So wurde die Vermögens- und Börsenumsatzsteuer abgeschafft und die Körperschaftsteuer um zehn Prozent gesenkt. Der Spitzensteuersatz wurde von 53 Prozent auf 42 Prozent reduziert. Die Reform der Erbschaftsteuer führte besonders im Bereich der Betriebsvermögen zu weiteren Entlastungen. Inzwischen besitzt nur ein Zehntel der deutschen Bevölkerung über sechzig Prozent des gesamten Privatvermögens.

Wachsende Armut

Die zunehmende Konzentration des gesellschaftlichen Reichtums im privaten Besitz Weniger entzieht nicht nur den Kassen von Staat und Kommunen die notwendigen Ressourcen, sondern setzt diese zudem immer stärkeren Belastungen aus. Denn gleichzeitig zur beobachteten Umverteilung steigt der Anteil der Menschen, die in Armut leben und soziale Hilfeleistungen beziehen. Dabei ist der Anteil der Kinder besonders hoch. So geht aus dem Sozialbericht der Stadt Kiel hervor, dass rund 16 Prozent der Kieler Bevölkerung unter der Armutsgrenze leben. Bei den unter 15-jährigen sind sogar dreißig Prozent auf staatliche Hilfen angewiesen.

Auch eine wachsende Zahl von Menschen, die zu Hungerlöhnen arbeiten müssen, ist auf Sozialleistungen angewiesen. Dadurch wird private Ausbeutung auf kostspielige Weise staatlich alimentiert – während man auf der ande-

ren Seite Einsparungen einfordert. Vor diesem Hintergrund erscheint die Begründung der eingeschlagenen Sparpolitik abstrus.

Ein kaum weniger abwegiges Bild zeichnet sich ab, wenn man die steigende Neuverschuldung bei Bund, Ländern und Gemeinden betrachtet. Zur Rettung der Banken verschuldeten sich die betroffenen Staaten in Höhe von zig Milliarden Dollar. Dass die Großbanken, durch Staatshilfen und Bad-Banks gerettet, inzwischen mit den gleichen abenteuerlichen Finanzmarktstrategien wie vor der Krise erneut hohe Gewinne einfahren und dabei neue Blasen produzieren, ist ein brutaler Zynismus für alle, die für diese Krise die Zeche zahlen sollen.

Die Finanzkrise löste auch eine Krise in der so genannten Realwirtschaft mit Produktionsrückgängen, Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit aus. Diese Entwicklung führte wiederum zu kostspieligen Konjunkturprogrammen, Defiziten in den sozialen Sicherungssystemen und zu geringeren Steuereinnahmen. All das reiht zwangsläufig tiefe Löcher in die öffentlichen Haushalte.

Somit sind die hohe Neuverschuldung des Bundes und die katastrophale Haushaltssituation der Kommunen zu einem erheblichen Teil die Folge einer Krise, die durch eine ungebremste Profitmaximierung an den Kapitalmärkten ausgelöst wurde.

Sicherlich: die steigende Verschuldung der Haushalte muss aufgehalten werden. Schon allein deshalb, weil immer mehr Steuergelder für Zinszahlungen aufgewendet werden müssen – wovon wiederum das Kapital profitiert. An Hohn jedoch

grenzt die Behauptung, dass es zur gegenwärtigen Sparpolitik auf Kosten der einkommensschwachen Bevölkerung keine Alternative gäbe. Es gibt zahlreiche Alternativen. Angefangen mit einer höheren Besteuerung der Spitzeneinkommen, über Börsenumsatz- und Finanztransaktionssteuern, die Einführung arbeitsfester Mindestlöhne und Grundeinkommen bis zu einer gemeinnützigen Ausrichtung des Bankensektors. Hier ist nicht der Raum, die Vielzahl durchdachter weiterer Alternativen aufzuzeigen. Wichtig ist es jedoch, der unsozialen Sparpolitik und ihrer absurden Begründung einen umfassenden Widerstand entgegenzusetzen. Das setzt ein Bündnis aller gesellschaftlichen Kräfte voraus, die sich gegen diese Politik wehren wollen. Dabei können Aktionsbündnisse zwischen Gewerkschaften, Kirchen, sozialen Bewegungen und Wohlfahrtsverbänden ein wichtiges Mobilisierungsinstrument sein. Ein solches Bündnis formiert sich in Schleswig-Holstein bereits. In diesem Zusammenhang kann der Politische Kirchentag in Plön mit seinem Motto: Für eine gerechtere Welt auch ein geeignetes Forum sein, ein solches Bündnis zu verbreitern und zu vertiefen. Eines scheint klar: Resignation, Zurückhaltung oder Vereinzeln setzt in dieser politischen Situation das eindeutige Signal an die herrschende Politik: „Macht weiter so, wir nehmen es hin“.

Workshop 10 Das Casino schließen!

Workshop 11 Wachsende Armut in einem reichen Land **Kirchentags-Kino** „Let's make money“ Freitag, 20h, Gemeindehaus Plön



Andreas Meyer, Dipl. Sozialwirt, Supervisor, attac-Kiel.
Fotos (v. links): Mia, Almira, Wieland Morgenstern, Christian Kudler (alle photocase).

„Wir können nichts tun“

Eine Begegnung mit E. – einem jungen Flüchtling aus Afghanistan

Von Andrea Dallek

Ich treffe mich mit E. in der Landesunterkunft für Asylsuchende und Flüchtlinge in Neumünster. Am Eingang der Scholzkaserne warte ich darauf, dass der Wachdienst das Tor öffnet. Dann muss ich meinen Ausweis aushändigen und genau angeben, wo ich hin will. Meine Daten werden in eine Besuchsliste eingetragen.

Im hintersten der vier großen Häuserblöcke aus rotem Backstein wohnt E. Er empfängt mich als guter Gastgeber und bietet mir Essen und Trinken an. Dann erzählt er, dass sein Zimmer eigentlich nicht repräsentativ ist. Er hat einen kleinen sauberen Raum mit einem Bett, zwei Spinden, einem Kühlschrank und zwei Sofas für sich allein. Weil er immer so viel mit Dolmetschen hilft, sagt er. Andere wohnen zu viert oder zu sechst in einem Zimmer. Sein Alter schätzt er auf ungefähr 17 Jahre. Geburtstage werden in Afghanistan nicht so gefeiert, wie hier. Darum ist er sich nicht ganz sicher. Er spricht etwas Deutsch, sein Englisch ist ausgezeichnet.

„Seit sieben Monaten bin ich schon in Deutschland. Erst war ich in Hamburg; dann wurde ich nach Neumünster geschickt. Meinen Asylantrag habe ich in Lübeck gestellt. Weil ich davor schon ein Jahr in Norwegen war, wo meine Tante lebt, und die hiesigen Behörden erfahren haben, dass dort auch Fingerabdrücke von mir amtlich registriert sind, sollte ich zurück nach Norwegen geschickt werden. Norwegen hat mich aber nicht akzeptiert, da ich auf dem Weg nach Norwegen durch Deutschland gereist bin. Ich habe jetzt einen afghanisch-stämmigen Anwalt, der mir helfen wird.

Warum ich mein Dorf in Afghanistan verlassen habe? Die ganze Welt weiß doch, was in unserem Land passiert. Da ist Krieg, da sind die Taliban und Al Kaida. Es gibt in Afghanistan keine allgemeinen Regeln. Wer Geld hat, hat die Macht und kann eigene Regeln aufstellen.



Sackgasse: Flur in der Flüchtlingsunterkunft Neumünster.

Fotos: Dallek

Meine Schwester war noch in Afghanistan, als ich aufgebrochen bin. Keine Ahnung, wo sie jetzt ist. Sie ist mit meinen Eltern zusammen. Vielleicht sind sie im Iran oder in Pakistan. Ich weiß es nicht.

Ich möchte gern Deutsch lernen

Das Leben in Deutschland gefällt mir. Dennoch mag ich es nicht, hier in Neumünster zu sein. Ich möchte gern Deutsch lernen, aber das geht hier nicht.

Es sind viele Leute aus Afghanistan hier im Camp, so dass hier mehr Leute das in meiner Heimat verbreitete Dari lernen als Deutsch. Sicherlich: Es gibt hier einen guten Deutschlehrer im Camp, der bietet einen Kurs an. Aber das Niveau ist für Anfänger, das kann ich schon. Gegenüber der Kaserne gibt es ein Kontaktcafé in einer Kirche. Dahin gehe ich, um Kaffee zu trinken und Gitarre spielen zu lernen.

Vierzig Euro Taschengeld erhalte ich im Monat. Das reicht für nichts. Zwar gibt es eine Kantine, in der es Essen gibt. Häufig Spaghetti oder Reis, alle zwei Wochen mal Pizza. Es ist immer dasselbe. Ich mag das Essen hier nicht. Aber das Geld reicht nicht, um mir eigenes Essen zu kaufen. Und das Kochen ist in den Zimmern verboten.

Als Dolmetscher bin ich oft beim ärztlichen Dienst hier im Camp. Dort muss ich mit den Patienten immer zwei bis drei Stunden warten, bis der Check kommt. Dann gibt es aber nur ein paar Tabletten, und die Kranken werden wieder weggeschickt. Wenn sich hier jemand das Bein bricht, wird der Arzt es kaum herausfinden, weil es kein Röntgengerät gibt. Und ins Krankenhaus werden kaum

Leute geschickt. Das geht nur nachts, wenn der ärztliche Dienst nicht da ist und der Wachdienst in Notfällen helfen muss und den Krankenwagen ruft.

Und sonst? Wie gesagt, ich lerne Gitarre. Außerdem spiele ich Fußball. Damit habe ich schon in Norwegen angefangen. Ich möchte gern mehr lernen. Aber leider gibt es im Camp keinen Internetanschluss. Und das Internetcafé ist zu teuer für mich. Um die Stadt Neumünster zu verlassen, brauche ich eine Erlaubnis. Auch, um ein paar Tage wegzufahren. Aber wo kann ich mit dem bisschen Geld hinfahren? Arbeiten oder eine Ausbildung machen, dürfen wir nicht. Man kommt sich vor wie im Gefängnis.

Es gibt hier Leute, die sind schon seit zwei Jahren im Camp und leben mit sechs Personen in einem Zimmer. Andere haben ihren Transfer in andere Städte oder Kreise in Schleswig-Holstein schon nach einer Woche. Wir wissen nicht, warum das so ist.

Meine Zukunft? Ich habe Angst

Ich habe Angst, dass sie mich nach Afghanistan zurückschicken, denn da ist mein Leben in Gefahr. In Afghanistan wird sich auch in den nächsten Jahren nichts ändern. Seit zehn Jahren können sie den Krieg nicht stoppen. Wenn die Armee Afghanistan verlässt, wird kein Frieden kommen, denn die Taliban und Al Kaida haben die Macht.

Früher, als ich noch in Afghanistan gelebt habe, habe ich einige Kurse an der Universität besucht. Das würde ich gern wieder machen. Es gab da gute und schlechte Dinge, aber das ist ja überall so. In Deutschland kümmert sich zum Beispiel niemand um die alten Leute. In Afghanistan werden ältere Menschen sehr respektiert, da gibt es viel mehr Kontakt. In Deutschland gefällt mir, dass nicht die

Workshop 4 Malta: Flüchtlinge in der Sackgasse. Sterben und Leiden an den EU-Außengrenzen **Workshop 8** Kinder ohne Zukunft. Minderjährige Flüchtlinge in Schleswig-Holstein



Bewohner des Asylantheimes beim Fußballspiel.

Eltern bestimmen, wen man heiratet. In Afghanistan werden junge Menschen verheiratet, die sich noch nie vorher gesehen haben. Das ist vor allem in den Dörfern so, in den Städten ist es nicht so extrem. In Afghanistan könnten wir nicht zusammen auf einem Sofa sitzen und uns unterhalten. Das würde einfach nicht gehen. Zum Glück haben meine Eltern diese Tradition nicht so eng gesehen. Sie haben studiert und mir meine Freiheiten gelassen.

Nun, ich versuche die Regeln in Deutschland kennenzulernen und zu akzeptieren. Aber homeland is homeland, ich vermisse Afghanistan.“

Das Gespräch zeichnete Andrea Dallek vom Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein auf.

GRUSSWORT

Für eine
gerechtere Welt

Ich freue mich, dass die Initiatoren im Kirchenkreis Plön-Segeberg konsequent „am Ball bleiben“ und nach der gelungenen Premiere im Vorjahr



Gothart Magaard

den 2. Politischen Kirchentag ausrichten: „Für eine gerechtere Welt!“ Frieden und Gerechtigkeit sind zentrale Stichworte im biblischen Ethos. „Es ist dir gesagt, Mensch, was gut ist, und was Gott bei dir sucht: nichts anderes als Gerechtigkeit üben, Freundlichkeit lieben und aufmerksam mitgehen mit deinem Gott“, sagt der Prophet Micha.

Als Christinnen und Christen sind wir bei unserer ur-eigensten Sache, wenn wir uns einmischen, Fragen stellen, Einspruch einlegen gegen den Zustand unserer Welt – um Gottes und der Menschen willen. Wir gehen aufmerksam mit unserem Gott mit, wenn wir mit wachen Augen und wachem Gewissen die Probleme unserer globalen Welt analysieren und nach unserer eigenen Verantwortung fragen.

„Was ihr für einen meiner geringsten Brüder getan habt, das habt ihr mir getan“, hat Christus seiner Gemeinde eingeschärft. Die Wahrheit einer Gesellschaft ist der Blick der Schwächsten und Geringsten in ihr. Ihnen sollst Du ins Gesicht und in die Augen schauen, dann siehst und erfährst Du die Wahrheit über Dich selbst, Deine Gesellschaft, Deine Welt. Das gilt auch und gerade für die Augen unserer geringsten Brüder und Schwestern in der globalen Weltgemeinschaft! Diese Einsicht darf nicht folgenlos bleiben. Sie muss in konkretes Handeln umgesetzt werden. Das schaffen wir nur, wenn viele engagierte Menschen sich an den notwendigen Prozessen des Umdenkens und der Veränderung beteiligen.

Ich danke allen InitiatorInnen aus Kirchengemeinden, Diensten und Werken sowie allen gesellschaftlichen Kooperationspartnern für den 2. Politischen Kirchentag Plön und wünsche uns allen, dass wir gemeinsam lernen und gemeinsam handeln in diesen Tagen in Plön.

Lasst uns wach, inspiriert und kreativ nach unseren individuellen und kollektiven Beiträgen zu einer gerechteren Welt suchen – getreu der Devise Martin Luthers: „die Geister lasset aufeinander platzen, die Fäuste aber haltet stille!“
Ihr / Euer

Gothart Magaard ist Bischofsbevollmächtigter im Sprengel Schleswig und Holstein.

Workshops

Freitag, 17. September 2010
08.15 bis 18.00 Uhr

Der Werktag beginnt um 8.15 Uhr an der Nikolai-Kirche in Plön. Von dort geht es zu den Tagungsorten. Entsprechende Transportmittel stehen bereit. Für die Verpflegung der TeilnehmerInnen sorgen in diesem Jahr ein starkes Team der Kirchengemeinde Plön sowie feinheimische Küchen. Während des Kirchentages richten wir einen Service-Punkt ein zwischen Kirche und Restaurant Stolz.

Bitte melden Sie sich für einen der ganztägigen Workshops an über unser Tagungsbüro, Telefon 04342/78 80 459, oder auf unserer Webseite www.pktp.de. Dort finden Sie auch weiterführende Beschreibungen und Materialien.

Nr. 1

Arbeit ist für alle da! Wege zu einer
Halbtagsgesellschaft

Vollbeschäftigung ist ein Trugbild. Dringend muss über ein anderes Modell für die Verteilung von Arbeit nachgedacht werden. Im Mittelpunkt dieses Workshops steht das Konzept einer Halbtagsgesellschaft. Die Idee: Alle erwerbsfähigen Menschen sollen, unabhängig von ihrem Geschlecht, im langjährigen Durchschnitt die eine Hälfte ihrer Arbeitszeit für bezahlte Erwerbsarbeit, die andere Hälfte für unbezahlte Hausarbeit und soziales Engagement verwenden.

Organisation: KDA, Ulrich Ketelhodt
Moderation: Gertje Freese, Landeshauptstadt Kiel
ReferentInnen: Prof. Dr. Carsten Stahmer, Zentrum für interdisziplinäre Forschung, Universität Bielefeld
Tagungsort: Dersau, Redderberg 18, Hotel Restaurant Waldblick

Nr. 2

Promised Land – Nachhaltig ins
Paradies des Nordens

Unter dem Begriff „Green New Deal“ werden politische Konzepte diskutiert, die auf einen ökologischen und sozialen Umbau von Industriegesellschaften ausgerichtet sind. Die Heinrich-Böll-Stiftung hat in einem gemeinsamen Strategiepapier mit dem Worldwatch Institut einen Versuch unternommen, nationale und internationale Ansätze für einen grundlegenden Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft zu identifizieren und zu verfeinern. Wir wollen diese Diskussionen für den notwendigen Wandel in Schleswig-Holstein nutzen, konkrete Schritte beginnen und Prozesse anstoßen.

Organisation: Heinrich-Böll-Stiftung S-H (Heino Schomaker); **Moderation:** Karla Friebe-Wischer, Heinrich-Böll-Stiftung S-H
ReferentInnen: Tilmann Santarius, Heinrich-Böll-Stiftung; Prof. Dr. Hartmut Rosenau, CAU
Tagungsort: Dersau, Redderberg 18, Hotel Restaurant Waldblick

Nr. 3

Das Scheitern der Privatisierung –
Die Rekommunalisierung öffentlicher
Güter

Eine große Privatisierungswelle rollte in den 90er Jahren über die Welt hinweg. Margaret Thatcher verscherbelte in England den gesamten Staatsbesitz, von den Häfen über die Wasserwerke bis hin zu Gasversorgung. Gebetsmühenhaft wurde wiederholt, dass private Unternehmen effizienter seien als öffentliche und Privatisierung zu mehr Wettbewerb führen würde. Mittlerweile gelten viele Privatisierungen als gescheitert. In unserem Workshop geht es um Beispiele für gelingende Rekommunalisierungen. Dabei geht es auch darum, welchen Einfluss Bürger auf Entscheidungen in kommunalen Betrieben und auf den städtischen Haushalt ausüben können.

Organisation: attac, Rosa-Luxemburg-Stiftung
Moderation: Dr. Thomas Herrmann, attac; Dr. Bernd Zöllner, attac; Susanne Vogel-Vitzthum, Rosa-Luxemburg-Stiftung
ReferentInnen: Dr. Werner Rügemer, Köln
Tagungsort: Plön, Markt 26, Gemeindehaus

Nr. 4

Malta: Flüchtlinge in der
Sackgasse! – Sterben und Leiden an
den EU-Außengrenzen

Im Oktober letzten Jahres besuchte die Flüchtlingsbeauftragte der NEK den EU-Inselstaat Malta. Dort sah sie sich konfrontiert mit der Situation von Flüchtlingen, die einen Weg nach Europa für ein menschenwürdiges Leben suchen. In den letzten sieben Jahren sind ca. 13.000 Menschen dort angekommen, viele auf der Flucht über das Mittelmeer gestorben. Vor Ort gab es Kontakt mit dem Jesuiten-Flüchtlingsdienst, mit Menschen in Sammelagern und den rigiden Methoden der Administration. Ein Mitarbeiter von „Fondazzjoni Suret il-Bniedern“ (Organisation für Menschlichkeit) verabschiedete die Besucher mit den Worten: „Erzählt, was hier los ist ...“

Organisation: NMZ, Diakonisches Werk S-H
Moderation: Martin Haasler, NMZ (Nordelbisches Missionszentrum)
ReferentInnen: Fanny Dethloff, Flüchtlingsbeauftragte NEK HH
Tagungsort: Plön, Markt 26, Gemeindehaus

Nr. 5

Die Ernte geht an andere!
Die globale Entwertung der landwirtschaftlichen Arbeit

Viele Milchbauern in unserem Land können von dem niedrigen Erlös für ihr Produkt Milch nicht den Hof bewirtschaften. Das ist ein Schicksal, das sie mit vielen Landwirten weltweit teilen. Der Grund dafür: Die Landwirtschaft ist eingebettet in wirtschaftliche Rahmenbedingungen, die weitgehend von der Politik bestimmt werden. Darüber hi-

naus stehen den Landwirten gegenüber, die große Erträge haben, den sie für die Erzeugung von Milch produzieren. Wie sieht eine zukunftsorientierte Landwirtschaft aus, und was können wir in diesen lebenswichtigen Wirtschaftssektoren gestalten?

Organisation: KDA (Ulrich Ketelhodt)
Moderation: Ulrich Ketelhodt
ReferentInnen: Prof. Dr. O. J. Müller, Professor an der Universität zu Köln
Tagungsort: Dodau, Gut Finkenbrunn, 21477 Berge Biss

Nr. 6

Es ist genug für alle
wandel, Ernährung und
das Recht auf Nahrung

Immer neue Daten zeigen, dass es in vielen Regionen der Welt zu schlechteren Fischfängen und einer Verringerung der Weidewirtschaft führt, die die Weltbevölkerung bis 2050 verdoppeln wird. Die Weltbevölkerung bis 2050 wird doppelt so viel Nahrung produzieren müssen, die dann voraussichtlich nur für die Hälfte der Menschen satt zu bekommen. Die Verantwortung für die Ernährungssicherheit liegt insbesondere bei den Hauptverursachern der Klimawandels, die nicht nur zu den Hauptverursachern der Klimawandels sind, sondern sind auch wohlhabende Länder, die die Welt zu finanzieren.

Organisation: Brot für die Welt
Moderation: Christel Kohler
ReferentInnen: Thomas Herrmann
Tagungsort: Plön, Markt 26, Gemeindehaus

Nr. 7

Fair handeln – Mo
Ökologisch und so
Beschaffung

Kirchen und ihre Einrichtungen sind für die Beschaffung von Papier über Computer bis hin zu Möbeln, Dienstkleidung, Reinigungsmitteln, Blumen bis hin zu Lebensmitteln. Innerhalb der Beschaffungsvorgänge gibt es viele Potenziale, ökologische und soziale Kriterien einzusetzen. Die Nordelbische Diakonie hat 15.000 MitarbeiterInnen, die für die Beschaffung von Konsumgütern für Einzelhandel und Großverbraucher, Kommunen eine wichtige Rolle spielen. Eine sozial und ökologisch verantwortliche Beschaffung einnehmen können.

Organisation: Nordelbische Diakonie S-H (Gut Finkenbrunn)
Moderation: Anne Heide von der Horst
ReferentInnen: Kerstin Meißner, Diakonie S-H; Angela Bredemeyer, Diakonie S-H; Helmut Junk, Ev. Kirche Plön
Tagungsort: Plön, Markt 26, Gemeindehaus

ten mächtige Unterneh-
en Einfluss auf den Preis
eugnisse der Bauern zah-
tsfähige Landwirtschaft
in unserem Land tun, um
Wirtschaftszweig zu ge-

n Ketelhodt)
hodt, KDA
anno Poppinga, bis 2009
ät Kassel-Witzenhausen
Friedrichshof 1, Heuher-

le da! Klima- gssicherheit und rung

a, dass der Klimawandel
elt zu Ernteeinbußen,
und einer Beeinträchti-
t führt. Dabei braucht
2050 nicht weniger, son-
nungsmittel wie heute, um
neun Milliarden Men-
Wir in Deutschland -
ndustrieländer - tragen
g, denn wir zählen nicht
chern des Klimawandels,
abend genug, Anpas-
maschutz im Süden der

Welt (G. Nolte Wacker)
nert, Brot für die Welt
irsch, Brot für die Welt
Förde-Sparkasse

dell Kirche zial gerechte

ungen kaufen täglich Pro-
en ein. Die Palette reicht
r, Autos, Baumaterialien,
einigungsmittel, Nah-
in zu Strom und Wasser.
gskette gibt es große Po-
soziale Standards durch-
ne Kirche ist mit über
ein wichtiger Arbeitge-
der für das Land und die
Vorreiterrolle in Sachen
ch verantwortlichen Be-
ante.

nes Frauenwerk (W. Wai-
drun Nolte-Wacker), Dia-
Christensen
Biela, NMZ
öller, NEF - Kampagne für
a Hesse, Brot für die Welt,
Kirche Bremen
26, Gemeindehaus

Nr. 8

Kinder ohne Zukunft – Minderjährige Flüchtlinge in Schles- wig-Holstein

Flüchtlinge unterliegen häufig vielfältigen, ihre In-
tegration behindernden Rechtslagen. Es ist ihnen
untersagt, einer regulären Arbeit nachzugehen, sie
sind in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt, er-
halten Sachmittelversorgung auf niedrigstem Ni-
veau und nur eine medizinische Notversorgung.
Gleichzeitig leben sie in ständiger Angst, wieder
abgeschoben zu werden. Kinder werden in diese
Lage hineingeboren oder wachsen darin auf. Gera-
de für Kinderflüchtlinge gibt es jedoch Möglichkei-
ten und engagierte Netzwerke der Unterstützung.

Organisation: Diakonisches Werk S-H (Barbara
Schleth); **Moderation:** E. Hartmann-Runge,
Ev. Kirchenkreis Lauenburg
ReferentInnen: Andrea Dallek, Martin Link, beide
Flüchtlingsrat S-H; Doris Reichardt, lifeline e.V.
Tagungsort: Plön, Brückenstr. 15, Kath. Kirche,
Gemeindehaus

Nr. 9

Frieden! Welcher Frieden? – Sicherheit! Für wen?

Nach dem Ende des Zweiten Golfkrieges beschloss
der Sicherheitsrat der UN die Resolution 688, in
der das völkerrechtlich neue Prinzip der „humani-
tären Intervention“ verankert und zum ersten Mal
im modernen Völkerrecht die Intervention in einen
souveränen Staat erlaubt wurde. Seitdem wurden
und werden Kriege zur vermeintlichen „Wahrung
von Frieden und Sicherheit“ und zum „Schutz der
Menschenrechte“ geführt – in Jugoslawien, im Irak
und in Afghanistan. Was sind die wesentlichen Ur-
sachen, die zu diesen Kriegen führen? Welche Inte-
ressen und Ziele sind involviert? Und: welche Alter-
nativen gibt es zu militärischen Interventionen?

Organisation: attac Kiel, AB Friedens- und Kon-
fliktforschung der CAU, Kirchenleitungsausschuss
der NEK für Frieden und Abrüstung, Heinrich-Böll-
Stiftung S-H; **Moderation:** PD Dr. Ines-Jacqueline
Werkner, CAU; Dr. Ulrike Kronfeld-Goharani, CAU
ReferentInnen: Andreas Zumach, Autor./Genf; Dr.
Tilman Evers, forumZFD; Pn Antje Heider-Rott-
wilm, Brücke – Ökumen. Forum Hafencity Hamburg
Tagungsort: Plön, Markt 4-5, Raiffeisenbank*VR
Bank

Nr. 10

Das Casino schließen!

Wie kann sich sozialverantwortliches Handeln an
Kapitalmärkten durchsetzen? Können die Kapital-
märkte durch striktere Regeln zu moralisch vertret-
barem Geschäftsgebaren gezwungen werden?
Können AnlegerInnen durch geeignete nachhal-
tige Geldanlagen eine Veränderung bewirken? Oder
hat die Finanzkrise eine systemische Ursache, und
bedarf es einer grundlegenden Veränderung in
Wirtschaft und Gesellschaft? Wir laden ein zu ei-

ner Auseinandersetzung mit den Geschehnissen
und den verschiedenen Lösungsansätzen.

Organisation: Nordelbisches Frauenwerk, Rosa-
Luxemburg-Stiftung, Frauenarbeit im Ev. Bildungs-
werk des Kirchenkreises Plön-Segeberg
Moderation: Waltraud Waidelich, NEF; Julia Patz-
ke, Frauenarbeit im Ev. Bildungswerk des Kirchen-
kreises Plön-Segeberg
ReferentInnen: Antje Schneeweiß, Suedwind Insti-
tut für Ökumene und Ökonomie; Suleika Reiners,
Autorin, Berlin
Tagungsort: Dersau, Redderberg 18, Hotel Restau-
rant Waldblick

Nr. 11

Wachsende Armut in einem reichen Land

„Bei der höchsten Staatsverschuldung in der deut-
schen Geschichte können wir uns diesen Sozialstaat
nicht mehr leisten!“ Anstatt das Finanzsystem wirk-
sam infrage zu stellen, zentriert sich die Debatte auf
den Leistungsmissbrauch von Hartz IV-Empfängern.
Eine zunehmende Entsolidarisierung der Gesell-
schaft lässt sich unter dem Druck der Krise feststel-
len. Für den Abbau der gigantischen Staatsverschul-
dung ist eine weitere Demontage öffentlicher und
sozialer Leistungssysteme zu befürchten. In diesem
Zusammenhang werden die Auseinandersetzungen
um die Gesundheitsreform, um ein menschenwürdi-
ges Existenzminimum und leistungsgerechte Löhne
eine zentrale Rolle spielen.

Organisation: Heinrich-Böll-Stiftung S-H, attac
Kiel, Diakonisches Werk des Kirchenkreises Plön-
Segeberg; **Moderation:** Heino Schomaker, Hein-
rich-Böll-Stiftung S-H; Friederike Pokatis, Heinrich-
Böll-Stiftung S-H
ReferentInnen: Prof. Dr. Roswitha Pioch, FH Kiel;
Werner Rätz, attac; Wolfgang Völker, Diakonisches
Werk HH, Landesverband Innere Mission e.V.
Tagungsort: Plön, Markt 14, Hotel „Zum Prinzen“

Nr. 12

Wie sich der Rechtsextremismus in die Mitte der Gesellschaft schleicht

Die Neue Rechte gibt sich intellektuell; zunächst
unverdächtige politische Themen werden in der öf-
fentlichen Diskussion geschickt mit rechtsextre-
men Thesen befrachtet. Nicht nur das Internet bie-
tet hier neue Möglichkeiten. Zugleich entwickelt
die NPD mit populistischen Parolen, Kinderfesten
und Hartz-IV-Beratungen in Teilen Ostdeutsch-
lands bodenständige Netzwerke in den Gemein-
den. Dieses Seminar will die Organisationen be-
leuchten, die als Scharnier das rechtskonservative
Milieu und den Rechtsextremismus verbinden und
untersuchen, wie in der Pop-Kultur die Grenze zum
rechten Rand verschoben wird.

Organisation: Gustav-Heinemann- Bildungsstätte,
Bad Malente; **Moderation:** Knud Andresen, Gus-
tav-Heinemann-Bildungsstätte
ReferentInnen: Andreas Speit, Autor, TAZ
Tagungsort: Plön, Johannisstraße 1, Kreismuseum

FÖRDERER – PARTNER

Förderer:



Kooperationspartner:



Friedrich Naumann STIFTUNG FÜR DIE FREIHEIT



IMPRESSUM

EXTRABLATT 2. Politischer Kirchentag Plön
EIN JOURNAL DER EVANGELISCHEN ZEITUNG

Erscheinungsweise: Das Journal erscheint als Beilage
der EVANGELISCHEN ZEITUNG; zusätzliche 5000
Exemplare erscheinen im Fortdruck.

Herausgeber: Kirchenkreis Plön-Segeberg
Redaktion (verantwortlich): Dr. Ralf Grötter
Redaktionelle Beratung: Micaela Morgenthum, Heino Schomaker
Organisation: Birgit Goldenstern
Produktion: Gestaltung: Christoph Dubs; Bildbearbeitung: Chris-
tian Eggers, Nordbild; Bildquellen: photocase.de, flickr.com;
Druck: Druckzentrum Schleswig-Holstein, Büdelsdorf.

Postanschrift der Redaktion über das Tagungssekretariat:
Birgit Goldenstern

Am Alten Amtsgericht 5
24211 Preetz
Tel. 04342/7880459
info@politischer-kirchentag-ploen.de
www.politischer-kirchentag-ploen.de

Sozialer Profit: Stadtwerke machen

In ganz Deutschland übernehmen anstelle großer Konzerne zunehmend wieder städtische Gemeinden die Grundversorgung mit Energie und Wasser. Damit liefern sie einen Beleg dafür, dass Alternativen zum reinen Diktat des Marktes möglich sind. Bürger nehmen die Angebote nicht nur aus Gründen des Preises an. Es geht um kommunale Selbstbestimmung – und um Klimaschutz.

Von Hubert Beyerle

Die kleine Revolution begann mit einem Container in der Fußgängerzone. Die Stadtwerke Elmshorn gingen 2007 in dem benachbarten Kleinstädtchen Uetersen auf Kundenfang. Dessen Stadtväter beobachteten die erfolgreiche Werbekampagne mit Interesse – und beschlossen dann, selbst die Initiative zu ergreifen. Bereits nach einem Jahr hatte Uetersen seine eigenen Stadtwerke. Die Gemeinde hält 51 Prozent, die Stadtwerke des Nachbarortes die restlichen 49 Prozent an der neuen GmbH.

Im Angebot sind „ue-Strom“, „ue-Ökostrom“ und „ue-Gas“. 4000 Kundenverträge habe man bereits abgeschlossen, so Geschäftsführerin Melanie Schneider. Der Grund für den Erfolg: „Die Kunden schätzen es, wenn sie Ansprechpartner vor Ort haben. Hier haben sie nicht das Gefühl, dass ganz weit weg in den Konzernzentralen über ihre Köpfe hinweg

entschieden wird.“ Im Unterschied zum großen Regionalversorger müssten die Stadtwerke nicht auf den Aktienkurs schauen, sondern könnten sich um die Bedürfnisse ihrer Kunden kümmern. „Die Gewinne werden alle wieder investiert.“ Zum gesellschaftlichen Anspruch gehört auch das Angebot von Energieberatung und Energie-Contracting, bei dem Heizkessel geleast werden können, um die Finanzierungskosten zu strecken.

Uetersen ist kein Einzelfall. Ähnliches ließe sich erzählen von Ahrensburg, Brunsbüttel oder Heiligenhafen. Auch Plön hat seit 2007 eigene Stadtwerke. Der Stadtstaat Hamburg hat seit verganginem Jahr mit „Hamburg Energie“ wieder einen Stromversorger, der als Tochter der Wasserwerke ganz in städtischer Hand ist. Das Motto von Hamburg Energie: „Wir setzen uns konsequent für die Interessen der Hansestadt und ihrer Bürger ein – und für den globalen Klimaschutz.“

„Rekommunalisierung“ lautet das Stichwort. Es beschreibt den Wiedereinstieg der Städte und Gemeinden in Geschäfte, die sie vor Jahren bereits schon einmal an private Unternehmen abgegeben haben. Ein kurzer Blick zurück: Bis in die 1980er Jahre hatte in den Sparten, in denen Stadtwerke tätig sind, kaum Wettbewerb geherrscht. Erst mit der Liberalisierungswelle der 90er Jahre öffneten sich die Märkte. Die Stadtwerke bekamen Konkurrenz von den Großkonzernen – und gerieten in die Defensive.

Bislang staatlich erbrachte Leistungen wurden allorten an private Unternehmen vergeben. Die könnten es besser, hatte es oft geheißsen. Bei denen werde härter gearbeitet, sie sind größer und damit oft effizienter. Sie können, wenn nötig, mehr Geld in die Hand nehmen und neue Technologien, die sie vielleicht anderswo ausprobiert haben, einsetzen.

Doch dann begann der Nimbus der Privatisierung zu verblasen. Ein 2006 erschienener Bericht des anerkannten Umweltwissenschaftlers Ernst Ulrich von Weizsäcker an den Club of Rome mit dem Titel „Grenzen der Privatisierung“ signalisierte Zweifel. Ein Jahr später nahm die zuvor noch sehr privatisierungsfreundliche Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung OECD angesichts der vielen Fehlschläge bei der Zusammenarbeit

Stadtwerke zählen bei den Deutschen zu den Institutionen mit dem höchsten Vertrauensvorschuss.

von öffentlichen und privaten Institutionen von einfachen Ratschlägen Abstand.

Die große aktuelle Verunsicherung darüber, wie viel Kapitalismus eigentlich gesund ist, spiegelt sich auch in der Kontroverse über das Thema Privatisierung wider. Umfragen zeigen es immer wie-

der: Stadtwerke zählen bei den Deutschen zu den Institutionen mit dem höchsten Vertrauensvorschuss. Wo Stadtwerke gegründet werden, wie in Uetersen, müssen sie sich um den Zuspruch von Bürgern und Kunden keine Sorgen machen.

Beliebt bei Bürgern

Dabei gibt es heute für Stadtwerke ein breites Spektrum an Geschäftsmodellen. Es gibt die kleine Variante, in der sie Gas und Strom vertreiben, den sie wiederum auf dem freien Energiemarkt einkaufen. Die Netze bleiben in diesem Fall in der Hand des Regionalversorgers. Der nächste Schritt, wesentlich aufwändiger und riskanter, ist, das Netz selber zu kaufen. Voraussetzung dafür ist, dass die Kommune das Leitungsrecht, das sogenannte Konzessionsrecht, den Stadtwerken überträgt. Ab einer gewissen Größe lohnt sich dann auch die Erzeugung von Strom und Wärme in eigenen Anlagen.

Die Konzessionsverträge sind der Schlüssel für die neue Aktivität der Stadtwerke. Diese Konzessionsverträge haben in der Regel eine Laufzeit von 20 Jahren. Viele von ihnen laufen in den kommenden Jahren aus. Hierauf beruhen die Hoffnungen des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU), dem Dachverband der Stadtwerke, der dabei mit dem Deutschen Städtetag kooperiert.

„Die Bürger vertrauen zunehmend kleineren, örtlichen Lösungen, auch bei der Energie. Sie sind seit der Finanzkrise wesentlich systemkritischer geworden“, sagt Kurt Kuhn, VKU-Vorsitzender der Landesgruppe Nord und Geschäftsführer der Stadtwerke Lübeck. Stadtwerke lägen deshalb im Trend, weil sie bürger- und verbrauchernäher seien als große börsennotierte Anbieter. „Sie sind nicht dem Shareholder Value verpflichtet“, also dem Profit ihrer Geldgeber, „sondern dem ‚public value‘“ – dem öffentlichen Nutzen. Hinzu komme, dass sie oft günstigere Tarife hätten und die erwirtschafteten Überschüsse in der Gemeinde blieben und für Kindergärten, Schwimmbäder oder Straßensanierung genutzt werden könnten.

Die neue Beliebtheit von Stadtwerken könnte auch etwas mit dem Preis für Energie zu tun haben. „Der Wettbewerb wird dafür sorgen, dass die Konzerne Strom und Gas günstiger anbieten können als bisher“, hatte es einst zur Begründung der Liberalisierung geheißsen. Tatsächlich stiegen die Strom- und Gaspreise in den vergangenen zehn Jahren – zum großen Ärger der Verbraucher. Die Gewinne der Energieversorger kletterten gleichzeitig auf Rekordhöhen. Ganz offensichtlich haben die großen Strom- und Gaskonzerne ihre Marktmacht ausgenutzt, ohne dass die Regulierungsbehörden ausreichend dagegen gehalten haben.

Gemeinschaftliches Eigentum

Die Preisträgerin des Nobelpreises für Wirtschaft 2009, die amerikanische Politologin Elinor Ostrom, hat untersucht, unter welchen Bedingungen gemeinschaftliche Produktion erfolgreich funktioniert. Ostrom zeigt, dass es Beispiele gibt, wo Menschen sich für gemeinsame Ziele einsetzen, selbst wenn sie persönlich wenig davon haben – ein Phänomen, das der herkömmlichen Wirtschaftstheorie ein echtes Rätsel ist.

Anlässlich der „Climate Lecture“ an der Technischen Universität Berlin im vergangenen Juni schlug Ostrom einen Bogen von ihren Erfahrungen aus der empirischen Erforschung von bäuerlichen Gemeinschaftsprojekten zur globalen Klimapolitik. Ihre Schlussfolgerung: „Ohne globale Lösungen geht es nicht. Aber es wäre dumm, einfach nur zu warten“ – bis die Regierungschefs dieser Welt auf irgendeiner zukünftigen Klimakonferenz zu einer Einigung finden.

Mehr als ein Drittel der erforderlichen Energie-Einsparungen, betonte Ostrom, ließe sich schließlich allein durch sorgsameren Umgang mit Strom

im Haushalt und bessere Gebäudeisolierung realisieren. Energiespar-Wettbewerbe, wie sie mittlerweile von Stromanbietern in vielen Städten initiiert werden, führte die Wissenschaftlerin als ein gutes Beispiel dafür an, wie Bürger motiviert werden können, sich die erforderlichen Verhaltensweisen zu eigen zu machen – und auf diese Weise den Betrieb ganzer Kraftwerke unnötig zu machen.

Lokales Handeln ist aber nicht nur deshalb wichtig, weil es sich aufsummiert. Wenn die Gemeinschaftsküche in einer Wohngemeinschaft versifft, wenn im gemeinschaftlich genutzten Wald zu viel Holz geschlagen, wenn ein Gewässer überfischt und die Atmosphäre mit Schadstoffen überfrachtet wird, dann hat das meist auch etwas mit gesellschaftlicher Anonymität zu tun.

Ostrom hat, über die Grenzen zwischen den wissenschaftlichen Disziplinen hinweg, viele Hunderte von Studien über die Bewirtschaftung von Gemeinschaftsgütern zusammengetragen und ausgewertet. Die meisten der

von bäuerlichen Gemeinschaften betriebenen Bewässerungsanlagen und Forstwirtschaften, die Ostroms Team untersucht hat, zeichnen sich vor allem durch einen Mangel an Anonymität aus: „Die Leute kennen einander. Sie besuchen Versammlungen, hören einander zu und beobachten, was passiert.“ Es gibt Regeln dafür, wann etwas im Wald geerntet oder gejagt werden darf. Jeder kennt diese Regeln – und achtet darauf, dass sie eingehalten werden. „Wenn es eine Variable gibt, die in allen unseren Untersuchungen heraussticht, dann ist es diese: dass Menschen auf lokaler Ebene kontrollieren, was passiert.“ In diesem Sinne ist auch das Fazit der Politikwissenschaftlerin zu verstehen: „Wir müssen unsere Annahmen bezüglich der Größenordnung von Auswirkungen lokalen Handelns von Grund auf ändern.“ (red)



Der Vortrag von Elinor Ostrom mit dem Titel „Who Affects Climate Change“ steht als TV-Mitschnitt im Internet unter: www.tu-berlin.de/?id=83510

Energiekonzernen Konkurrenz

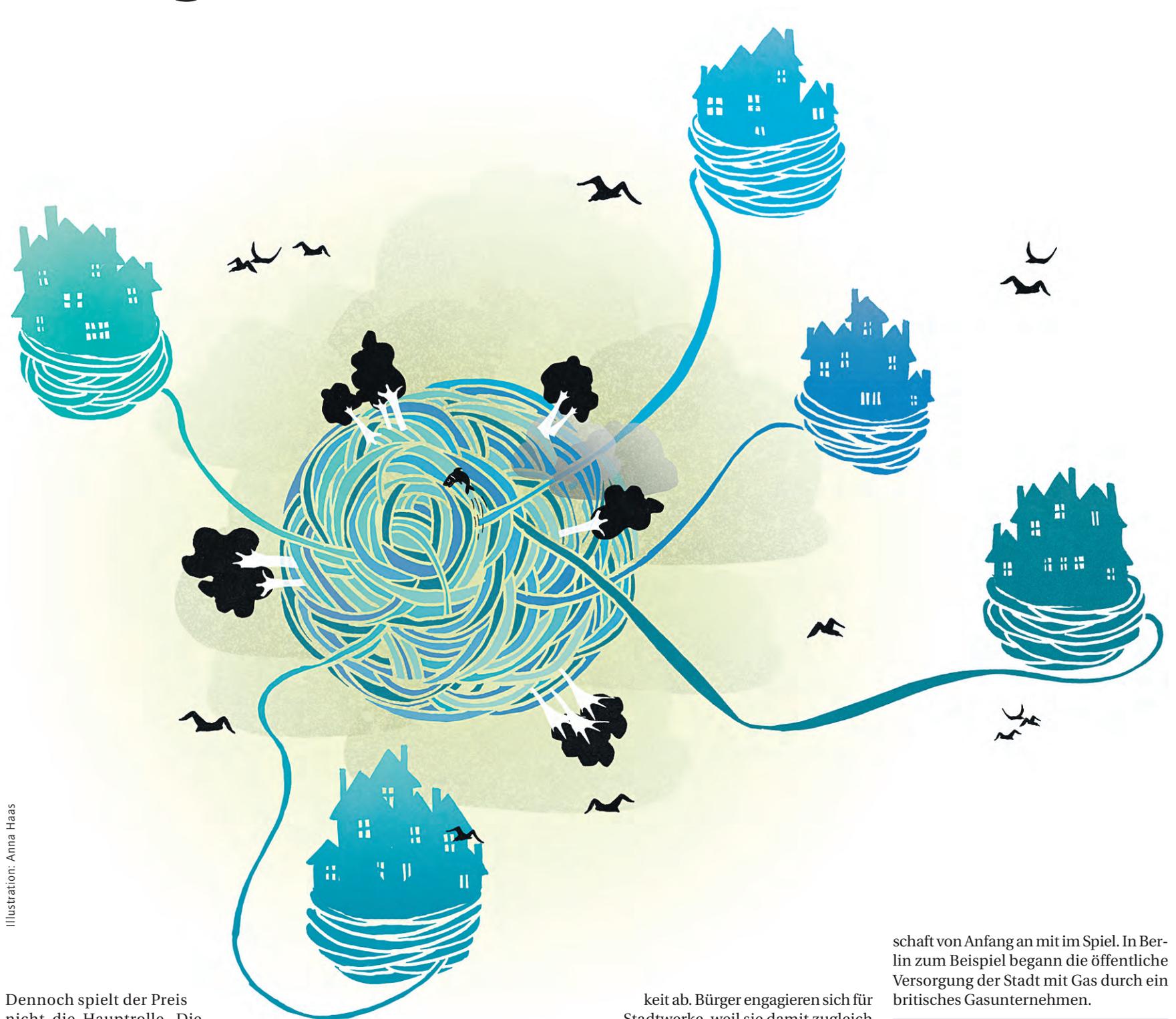


Illustration: Anna Haas

Dennoch spielt der Preis nicht die Hauptrolle. Die Initiative für die Gründung neuer Stadtwerke ist politischer Natur, nicht ökonomischer. Sie hat ihren Ausgang weniger beim Verbraucher, sondern beim Bürger. Sie kommt von engagierten Kommunalpolitikern, die hier die Möglichkeit sehen, an einem der großen Themen der Welt mitzuarbeiten: dem Klimaschutz, also der Senkung der Kohlenstoffemissionen. Es ist die alte Idee der Ökologiebewegung: Global denken, lokal handeln. Um zu handeln, braucht man Instrumente. Stadtwerke sind ein solches Instrument. Bestes Beispiel: Blockheizkraftwerke, welche die bei der Energieerzeugung entstehende Abwärme nutzbar machen und den Haushalten zur Verfügung stellen. Über 80 Prozent des Stroms, den Stadtwerke

produzieren, kommt aus solchen energiesparenden Anlagen.

Dabei ist es nicht einmal so, dass die Stadtwerke genossenschaftlich oder anderweitig alternativ organisiert wären. Im Gegenteil. Sie sind ähnlich straff organisiert wie Unternehmen der Privatwirtschaft. Auch ihre Rechtsform ist oft privatrechtlich. Aber sie sind eingebunden in den kommunalen Kontext. In ihren Aufsichtsräten sitzen Kommunalpolitiker, die nicht Rendite, sondern inhaltliche Dinge und konkrete Ziele im Kopf haben. Sie werden gewählt von Bürgern, nicht von Bankern und Aktionären.

Ebenso wie von der privaten Wirtschaft, grenzt sich die kommunale Aktivität auch von bürokratischer Staatlich-

keit ab. Bürger engagieren sich für Stadtwerke, weil sie damit zugleich ihre Idee von gemeinschaftlichem, sinnvollem und gutem Leben zum Ausdruck bringen wollen. Diese Alternative zu sowohl Staat wie Privatwirtschaft ist in Westeuropa fast genauso alt wie die großen Industrieunternehmen. Die Institution „Stadtwerke“ entstand im 19. Jahrhundert, als die Gemeinden in den deutschen Staaten begannen, sich überhaupt um die Versorgung ihrer Bürger mit Strom und Gas zu kümmern. Später wurde diese Form der Versorgung mit lebenswichtigem Wasser und Energie unter dem Begriff der Daseinsvorsorge zur zentralen Aufgabe der Gemeinden erklärt. Ähnliche Auffassungen gibt es in vielen anderen europäischen Staaten wie Frankreich oder in Skandinavien. Gleichzeitig war die Konkurrenz aus der Wirt-

schaft von Anfang an mit im Spiel. In Berlin zum Beispiel begann die öffentliche Versorgung der Stadt mit Gas durch ein britisches Gasunternehmen.

Workshop 3 Das Scheitern der Privatisierung. Die Rekommunalisierung öffentlicher Güter

Immer schon also hat sich kommunalpolitische Motivation gegen unternehmerisches Profitinteresse behaupten müssen – wenn auch freilich das Antlitz des kapitalistischen Unternehmertums sich über die Jahrhunderte gewandelt hat. Heute verbindet sich mit der Institution der Stadtwerke vor allem die Chance auf eine neue demokratische Kultur, die nicht mehr bereit ist, globale Entwicklungen einfach hinzunehmen.



Hubert Beyerle arbeitet als freier Wirtschaftsjournalist in Berlin.

Der Klimawandel bedroht die Ernährungssicherheit und wird zur Überlebensfrage

Von Thomas Hirsch

Der Klimawandel droht, die bereits kritische Situation der globalen Ernährungssicherheit weiter zu verschlechtern: Ohne geeignete Gegenmaßnahmen werden die Folgen des Klimawandels mit hoher Wahrscheinlichkeit das Hungerproblem anwachsen lassen. Das Erreichen der Millenniumsziele wird immer unwahrscheinlicher, unter anderem durch Veränderungen der Niederschlagsmenge und -verteilung, der

Workshop 6 Es ist genug für alle da! Klimawandel, Ernährungssicherheit und das Recht auf Nahrung.

Klimakampagne Samstag, 18. September, 14 Uhr, regionaler Start der Klimakampagne; Brot für die Welt, Bühne Marktplatz.

Wasserverfügbarkeit, der Ausbreitung von Krankheiten und der Zunahme von extremen Wetterereignissen. Die Ernährungssicherheit und das Menschenrecht auf Nahrung werden daher stark vom Klimawandel betroffen sein. Schon im Jahr 2007 hat der Vierte Zustandsbericht (Fourth Assessment Report, FAR) des Zwischenstaatlichen Gremiums für Klimawandel (Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC) die drohenden Auswirkungen des Klimawandels auf Ackerbau, Viehhaltung und Fischerei kritisch eingeschätzt. Am verwundbarsten gegenüber den Auswirkungen werden die Entwicklungsländer im Allgemeinen und insbesondere Afrika südlich der Sahara, Süd- und Südost-Asien und die Region des Südpazifiks sein.

In diesen Ländern sind die Armen besonders verletzbar. Für viele Klein- und Subsistenzbäuerinnen und -bauern, landlose Arbeiterinnen und Arbeiter, Frauen, Menschen mit HIV/Aids, kommt der Klimawandel also als zusätzlicher Stressfaktor zu der Bandbreite der anderen Armutsfaktoren hinzu. Daher birgt der Klimawandel das Risiko, die geographische, soziale, ökonomische und politische Marginalisierung zu verstärken. Dies könnte nach Befürchtungen vieler humanitärer Organisationen zu einer unvorstellbaren Tragödie führen, Ressourcenkonflikte anheizen und Migrationsströme nie dagewesenen Ausmaßes nach sich ziehen.

Dem muss mit schnellen und effektiven Maßnahmen auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene entgegengewirkt werden. Denn sonst droht eine weitere Zuspitzung der

ohnehin dramatischen Hungersituation in vielen Ländern. Noch ist Hunger ein Verteilungsproblem und keine Frage der Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln. Das kann sich aber künftig ändern – und der Klimawandel könnte hierbei eine große Rolle spielen. So beziffert die Welternährungsorganisation FAO den benötigten Zuwachs an Nahrungsmitteln bis zum Jahr 2050 auf 60%. Dafür sind jährliche Produktivitätssteigerungen von mindestens einem Prozent sowie eine Ausweitung der Anbaufläche um 300 bis 500 Millionen Hektar erforderlich. Der Klimawandel wirkt sich aber bereits heute in vielen Weltregionen ertragsenkend aus, wo gemäß FAO eigentlich Ertragssteigerungen erforderlich wären. Hinzu kommt, dass durch Klimafolgen wie etwa den Meeresspiegelanstieg potentiell sehr viel mehr Anbauflächen ausfallen werden als andersorts neu hinzukommen. Diesem Dilemma kann nur durch eine Begrenzung des Klimawandels sowie umfangreiche Anpassungsmaßnahmen begegnet werden.

Anpassungsbedarf

Anpassung ist in so verschiedenen Bereichen erforderlich wie dem Auf- und Ausbau von (agrar)meteorologischen Diensten, Frühwarnsystemen, Katastrophenschutzmanagement und landwirtschaftlichen Beratungsdiensten. Hinzu kommen Maßnahmen wie die Einführung anderer landwirtschaftlicher Nutzpflanzen und Sorten, effizientere Bewässerungssysteme und das Management von Wassereinzugsgebieten, Boden- und Pflanzenschutz sowie Bodennutzungsmethoden. Insbesondere arme Kleinbauernfamilien, die weltweit den Großteil der Grundnahrungsmittelproduktion erbringen (Afrika: 80%), müssen ihre Widerstandsfähigkeit gegen Wetterextreme ebenso wie gegen den langsamen Wandel wichtiger klimatologischer Parameter (Niederschlag, Verdunstung, Temperatur etc.) verbessern.

Wir in Deutschland – ebenso wie die anderen Industrieländer – tragen besondere Verantwortung, denn wir zählen zu den Hauptverursachern des Klimawandels, und wir sind wohlhabend genug, Anpassungsmaßnahmen und Klimaschutz im Süden der Welt zu finanzieren. Denn in einer globalisierten Welt haben wir



nur eine gemeinsame Zukunft.

Thomas Hirsch ist Referent bei Brot für die Welt.

„Eine Sprache,

Die feministische Theologin und Schriftstellerin Ulrike Bail spricht über die Aktualität der Darstellung von Gewaltverfahrungen in den Psalmen des Alten Testaments. Das Interview führte Christine Kükenshöhner.

Frau Bail, „Gottesbilder der Gewalt im Alten Testament“ lautet der Titel Ihrer aktuellen Lehrveranstaltung. Weshalb bringen Sie denn das den Studierenden bei? Bedienen Sie damit nicht ein ziemlich altes Klischee?

Ulrike Bail: Wäre es ein altes Klischee, das keine Bedeutung mehr hat, wäre das wunderbar. Leider spukt in den Medien und den Köpfen der Menschen immer noch das Vorurteil eines gewalttätigen und rachsüchtigen Gottes des Alten Testaments herum. Überlesen wird dabei, dass es in den Texten der hebräischen Bibel um Gerechtigkeit und um mögliche Verarbeitungen von erlittener individueller und kollektiver Gewalt geht. Ich versuche den Studierenden beizubringen, die Augen nicht vor sperrigen Themen zu verschließen, sondern sich mit den Themen von Gewalt, Katastrophen und Trauer auseinanderzusetzen – biblisch und gegenwärtig.

Es gibt ihn also nicht, den „gewalttätigen und rachsüchtigen Gott des Alten Testaments“, aber es gibt „Gottesbilder der Gewalt im Alten Testament“ – wo ist der Unterschied?

In den Klageliedern Jeremias zum Beispiel beklagt die metaphorisch als Frau ins Bild gesetzte Stadt Jerusalem, dass Gott sie bis ins Mark getroffen und zerstört habe. Hintergrund dieser Aussage ist die Erfahrung der Eroberung und Zerstörung der Stadt durch die Assyrer. Alles, was Sinn und Sicherheit gegeben hat, liegt zerbrochen am Boden. Menschen sind zutiefst desorientiert, verzweifelt und fühlen sich von Gott verlassen. Die Klagelieder suchen stammelnd nach einer Antwort Gottes, sie sehnen sich nach Gottes Zuwendung.

Ich frage mich, ob es nicht sein könnte, dass in traumatischen Erfahrungen die Abwesenheit Gottes so tief erfahren wird, dass sie nur als Erfahrung von Gewalt buchstabiert werden kann? Kann es überlebensnotwendig sein, Gott alles ‚heißen‘ zu können, gewissermaßen in allen Farben zu malen, damit seine Anwesenheit überhaupt wieder spürbar werde?

Und was hat das mit Gerechtigkeit zu tun?

Bei der Beschäftigung mit diesen Texten habe ich gelernt, dass es sehr wichtig ist, zu hören, wer da spricht. Auch bei den sogenannten Rache-psalmen ist es unabdingbar, genau hinzuhören. Wenn Gott angefleht wird, das erlittene Unrecht zu rächen, dann beten dies Menschen, die verletzt, ohnmächtig und erniedrigt sind. Ihr Schrei nach Vergeltung ist als Hilfeschrei zu verstehen, als Protest und als

Anklage. Vergeltung und Rache wird im Alten Testament nicht wie in unserem Sprachgebrauch als affektgeladenes, außergerichtliches Tun verstanden. In den meisten Übersetzungen von Psalm 6 heißt es am Schluss, dass die Täter „umkehren und zuschanden werden sollen“. Übersetzt man aber das hebräische Wort ganz textnah, dann wäre es eher mit „sich verantworten“ wiederzugeben: Die für das Unrecht und die Gewalt Verantwortlichen sollen umkehren, Reue zeigen und sich verantworten. Man könnte diese Psalmen deshalb auch Gerechtigkeitspsalmen nennen.

Ich habe im Gesangbuch den 6. Psalm nachgeschlagen. Da steht nichts von „zuschanden werden“, aber „sich verantworten“ steht da auch nicht!?

In vielen Gesangbüchern fehlt der Vers, in dem das steht. Im letzten Vers (Psalm 6,11) werden die für das Unrecht Verantwortlichen sehr drastisch aufgefordert, umzukehren und Verantwortung zu übernehmen. Die verzweifelte Beterin schleudert ihre Gefühle von Rache und Gewalt ins Gebet, auf dass der Schrecken aufhöre und ihr Gerechtigkeit widerfahre. In den christlichen Kirchen wurden und werden diese Gefühle oft ins Schweigen verbannt, sie dürfen nicht laut werden, gilt doch die Pflicht zu vergeben.

Ich betone nochmal: Es kommt immer darauf an, wer spricht. Der kürzlich verstorbene Theologe Erich Zenger schrieb einmal, dass diese Sätze, die so lautstark und emotional ein Ende des Schreckens

Versöhnung kann nicht „vergeben und vergessen“ bedeuten. Versöhnung zwischen Menschen muss von beiden Seiten ausgehen.

(und der dafür Verantwortlichen) wünschen, im Munde der Henker und Folterer blasphemisch wären, im Munde der Ohnmächtigen und Gequälten aber kontextuell legitim. Die aggressiven Wünsche im Gebet auszusprechen, kann für Opfer von Gewalt überlebensnotwendig sein. Es ist wichtig, dass die Opfer von Gewalt in unseren Kirchen Gehör finden, dass ihre Gefühle und Sehnsüchte sich ausdrücken können und ihnen nicht vorschnell Vertröstung in und auf den Mund gelegt wird. Der Gewalt müssen wir uns stellen, die schmerzlichen Fragen offenhalten und endlich verstehen, dass Versöhnung ohne Reue der Täter und Täterinnen kaum möglich ist.

Ihre Worte lassen an Menschen denken, denen von kirchlichen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen Gewalt angetan wurde, die man zum Schweigen gebracht hat, von denen einige we-

die nichts schönredet“



In der Renaissance ein beliebtes biblisches Motiv: Judith ermordet Holofernes. Hier dargestellt von der Malerin (!) Artemisia Gentileschi, die von einem Künstler-Kollegen ihres Vaters missbraucht wurde und diesen vor Gericht brachte.

Foto: Museo nazionale di Capodimonte, Na-

nige in den vergangenen Monaten das Schweigen gebrochen haben. Glauben Sie, dass es weniger Opfer von (sexuellem) Missbrauch in der Kirche gäbe, wenn die Kirchen die Rache nicht aus den Gebeten verbannt hätten? Es ist müßig zu fragen, was wäre wenn ... – ich denke, es ist jetzt wichtig, die Opfer wahrzunehmen und ihnen als Überlebende aufmerksam zuzuhören. Die Würde der Menschen sollte im Mittelpunkt stehen – die Würde, die unantastbar ist und doch so antastbar und verletzlich.

Gewiss soll die Kirche auch die Würde der Opfer schützen, aber es ist doch der Ruf zur Versöhnung, welcher der Botschaft Jesu ent-

spricht! Zeichnet es nicht die Christen aus, dass sie an einen Gott glauben, dessen Gnade weiter reicht als menschliche Schuld? Ich habe die gewisse Erwartung, dass die Gnade Gottes weiter reicht als menschliche Schuld! – aber das heißt nicht, dass wir Würde und Gnade gegeneinander auspielen. Wir müssen auch immer fragen, was Versöhnung aus der Sicht derer, denen Unrecht getan wurde, bedeutet? Versöhnung kann nicht „vergeben und vergessen“ bedeuten. Oft wird zu schnell vom Wunsch nach Versöhnung geredet und zu wenig vom Wunsch nach Verantwortung und danach, das „Heilwerden“ der Verehrten mit allen Kräften zu un-

terstützen. Versöhnung zwischen Menschen muss von beiden Seiten ausgehen, und das geht nicht von heute auf morgen. Die seelischen Naben spüren Menschen oft ihr ganzes Leben. Dies sollte der Ruf nach Versöhnung nicht mindern.

Sie sagen, dass es darauf ankommt, wer spricht. Ich denke an den 6. Psalm: „Ein Psalm Davids“ steht da. Soweit ich weiß, war König David weniger Opfer von Gewalt als selbst Täter!

In der biblischen Tradition gilt David als der ideale Beter der Psalmen, aber es ist nicht der kriegerische und siegreiche König, sondern der verfolgte und zweifelnde Mensch, der hier seine Erfahrungen

und Ängste ins Wort wirft. Denken Sie nur an seine Flucht vor Saul, der ihm nach dem Leben trachtet. Gerade in den Widersprüchlichkeiten des Lebens öffnen die Psalmen sich als Texträume der Klage und der Zuversicht – Texträume, in denen sich Menschen aller Zeiten bergen können.

Sich im Textraum bergen? Wie geht das? Wenn im Gottesdienst ein Psalm gebetet wird, ist man doch meistens damit beschäftigt, darauf zu achten, einzig die eingerückten Verse mitzusprechen!

Psalmen sind literarische Texte, und sie sind vielschichtig und offen – dies versuche ich mit dem Begriff des Textraumes auszudrücken. Wenn jemand einen Psalm liest und sich darin wiederfindet,

Der Maßstab der Psalmen ist das Heilwerden derer, die verletzt sind. Angesichts von Gewalt und Ohnmacht gibt es keine glatte Sprache.

dann betritt er oder sie mit seinem Leben den Psalm. Wenn ich einen Psalm bete, dann leihe ich mir die fremden Worte, die dann zu ganz eigenen Worten werden. Das „im Wechsel sprechen“ und das Kürzen der Psalmen lassen deren poetische und spirituelle Kraft oft in Belanglosigkeit versanden. In den Psalmen, vor allem den Klagepsalmen, wird eine Sprache laut, die um das Leben ringt, die kein Blatt vor den Mund nimmt und nichts schön redet. Diese Gebete sprechen nicht wohltemperiert, sondern mit der ganzen Existenz eines Menschen, der sie spricht. „Ich aber – Gebet bin ich“ – so formuliert die Beterin, der Beter in Psalm 109.

Wir brauchen eine Gebetssprache, die ein bergendes Haus für all diejenigen sein kann, die kein Dach über Körper und Seele haben, eine Sprache, die ihren Ursprung in der Bedürftigkeit und Verletzbarkeit der Menschen hat, eine Sprache, die in sich die Erinnerungen an Wunden und Narben trägt, die um das Schweigen angesichts des Todes weiß, deren Grammatik die Frage ist, das Aushalten des Bodenlosen, eine Sprache, der es um die Würde des Menschen geht. Der Maßstab der Psalmen ist das Heilwerden derer, die verletzt sind und deren Würde angetastet wurde. Angesichts von Verletzung, Gewalt und Ohnmacht kann es keine Neutralität geben, so wie es keine glatte Sprache geben kann, ohne Risse und ohne Schrunden.



Ulrike Bail ist freiberufliche Autorin und Dozentin für Bibelwissenschaften und theologische Genderstudies in Erwachsenenbildung und Universitäten.

Foto: Maira Eieffheria

Ökologische Transformation

Von Ralf Fücks

Spätestens seit dem Report des britischen Regierungsökonomens Nicolas Stern wissen wir, dass der Klimawandel nicht nur ein ökologisches Risiko erster Ordnung darstellt: Auch die ökonomischen Risiken sind gewaltig. Falls das Ruder nicht rasch herumgeworfen wird, werden die hausgemachten „Naturkatastrophen“, die mit dem Anstieg der Treibhausgase in der Erdatmosphäre einhergehen, zu einer massiven Vernichtung wirtschaftlicher Werte führen.

Dagegen schätzt Stern die Kosten für effektiven Klimaschutz auf ca. ein Prozent der globalen Wertschöpfung pro Jahr. Ihnen stehen enorme Wachstumspotenziale auf dem Feld der „green economy“ gegenüber. Fazit: Investitionen in Klimaschutz sind volkswirtschaftlich hoch rentabel – und sie können zum Auslöser eines grünen Wirtschaftswunders werden.

Das klingt fast wie die Quadratur des Kreises: Ökologie als Jungbrunnen der Ökonomie. Aber dahinter steckt eine gewaltige Herausforderung. Es geht um eine Halbierung der globalen CO₂-Emissionen bis zur Mitte des Jahrhunderts, was einer Reduktion in den „alten“ Industriemetropolen in einer Größenordnung von 80-90 Prozent entspricht. Diese Ziele sind für sich genommen schon ambitioniert genug – sie werden noch anspruchsvoller angesichts des rapiden Wirtschaftswachstums im globalen Maßstab.

Neue industrielle Revolution

Aber angesichts einer Weltbevölkerung, die von heute 6,5 Milliarden noch auf mindestens 9 Milliarden wachsen wird, und angesichts des enormen Nachholbedarfs von zwei Dritteln der Menschheit an Konsumgütern und Dienstleistungen ist ökonomisches „Nullwachstum“ keine Option.

Vielmehr hängt auf Sicht der nächsten Jahrzehnte alles davon ab, dass eine Entkoppelung von ökonomischer Wertschöpfung (Wirtschaftswachstum) und Naturverbrauch gelingt. Das bedeutet nichts weniger als eine neue industrielle Revolution, eine völlig neue Generation umweltfreundlicher Technologien, eine Umstellung der Energiebasis von fossilen auf erneuerbare Energien und einen grundlegenden Umbau des Verkehrssystems.

Seit dem Beginn der industriellen Revolution im 19. Jahrhundert hat sich die Produktivität einer Arbeitsstunde etwa um den Faktor 25 erhöht. Das ist vor allem das Ergebnis technischer Innovationen und einer ständigen Verbesserung aller Arbeitsabläufe. Diese Innovationsdynamik gilt es jetzt, auf den effektiven Umgang mit natürlichen Ressourcen zu übertragen. Die Steigerung der Ressourcenproduktivität zumindest um den Fak-



Illustration: Anna Haas

des Kapitalismus

tor vier wird zur Überlebensfrage der Industriegesellschaft.

Dass „der Markt“ nicht aus sich heraus die ökologische Wende hervorbringen wird, ist eine Binsenweisheit. Die Politik muss – national und international – die Vorgaben setzen, um die Märkte in eine ökologische Richtung zu lenken. Aber genauso illusionär ist die Vorstellung, staatliche Regulierung könnte die Kreativität der Marktwirtschaft ersetzen, in der Millionen und Abermillionen von Produzenten und Konsumenten eigenverantwortlich handeln.

Ökokapitalismus – ein Widerspruch?

Von Karl Marx stammt der berühmte Satz: „Der Kapitalismus ruiniert die Springquellen des Reichtums, auf denen er beruht: den Arbeiter und die Natur.“ Das war als Tendenz scharfsinnig beobachtet. Man darf nur nicht den Fehler begehen, daraus ein ehernes Gesetz zu machen. Gerade das Beispiel der „sozialen Frage“ zeigt, dass die destruktiven Tendenzen des Kapitalismus Gegenkräfte auf den Plan rufen, die zu Systeminnovationen führen.

Als Antwort auf den Raubbau an der Arbeiterschaft trat im 19. Jahrhundert die Arbeiterbewegung auf den Plan, und mit ihr die Sozialdemokratie als neue politische Kraft. Ihr Projekt war die soziale Zivilisierung des Kapitalismus. Sie erkämpfte ein weitverzweigtes Netz von Institutionen – Gewerkschaften, Genossenschaften, Sozialversicherungen, berufliche Bildung, Arbeitsgesetzgebung, Tarifverträge, betriebliche Mitbestimmung – bis hin zum allgemeinen Wahlrecht. Im Ergebnis stiegen Lebenserwartung und Lebensstandard der arbeitenden Klassen in Europa (und inzwischen auch in weiten Teilen Asiens) auf breiter Front; der Anstieg der Massenkaufkraft führte zur modernen Konsumgesellschaft.

Zwar ist die soziale Aufwärtsbewegung der arbeitenden Klassen ein immer wieder umkämpfter Prozess, aber sie ist entgegen aller Unkenrufe auch im Zeitalter der Globalisierung nicht außer Kraft gesetzt. Gerade in den neuen Industrielän-

dern steigen Bildungsniveau und Massenkaufkraft; gleichzeitig wachsen die Nachfrage nach qualifizierter Arbeit und die Bedeutung des „Humankapitals“ für die Wirtschaft.

Ob die Analogie zwischen sozialer und ökologischer Marktwirtschaft trägt, muss sich noch erweisen. Aber wer genau hinsieht, findet viele Anzeichen dafür, dass die ökologische Modernisierung des Kapitalismus bereits begonnen hat.

Das Neue wächst im Schoß des Alten

Es geht hier nicht um Spekulationen, sondern um Tendenzen und Kräfte, die bereits in Richtung einer ökologischen Wende aktiv sind. So haben in den letzten Jahren Zahl und politische Reichweite zivilgesellschaftlicher Organisationen enorm zugenommen. Während 1992 bei der Weltkonferenz in Rio de Janeiro noch



Workshop 2 Promised Land. Nachhaltig ins Paradies des Nordens

1400 Nichtregierungsorganisationen (NGO) akkreditiert waren, waren es in Johannesburg 2002 bereits 3000.

Mit ihrer Fähigkeit zur Skandalisierung fungieren sie als Wächtersystem gegenüber transnationalen Unternehmen. Das „Reputationsrisiko“, das damit verbunden ist, Ziel einer internationalen Kampagne zu werden, ist für die Konzerne ein harter ökonomischer Faktor. Internationale Kampagnen wie „Nestlé tötet Babys“ oder die Kampagne gegen ausbeuterische Zustände in den Produktionsstätten von Nike haben Unternehmen zur Veränderung ihrer Geschäftspolitik gezwungen.

Green New Deal

Der Green New Deal wird weltweit als Antwort auf die Doppelkrise von Wirtschaft und Umwelt diskutiert. Die Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin mit ihrem weltweiten Netz von Auslandsbüros und ihren Landesstiftungen in Deutschland hat in diesem Feld einen wichtigen aktuellen Schwerpunkt gesetzt. Wir widmen uns seit Jahren den Bedingungen, Formen und Perspektiven der Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft, u. a. mit Tagungen,

Publikationen und Internetdossiers.

Unsere Veranstaltungen sind Orte der Qualifikation, des lustvollen Streits und der Vernetzung. Wir stellen Wirklichkeitswahrnehmungen und Lösungsansätze konstruktiv in Frage und beteiligen uns an demokratischen Prozessen, beispielgebend und lernend.

Die Heinrich-Böll-Landesstiftung Schleswig-Holstein ist Kooperationspartnerin des 2. Politischen Kirchentags in Plön.

Auch die von BP ausgelöste Umweltkatastrophe im Golf von Mexiko wird höhere Sicherheitsstandards der Ölindustrie nach sich ziehen, schon wegen der enormen Folgekosten für den Konzern. Umwelttrisiken sind ökonomische Risiken, die nicht länger ignoriert werden können.

Auch die handelnden Personen verändern sich. Eine neue Generation von Managern erlebt in ihrer Ausbildung, dass „Corporate Social Responsibility“ und Ökomanagement zum Handwerkszeug ihres Berufs gehören. Selbst in den USA, dem Mutterland privaten Wagniskapitals, ist eine grüne Welle im Investmentsektor zu beobachten, obwohl die Rahmengesetzgebung in Washington nicht vorankommt. Investitionen in Forschung und Entwicklung, in Effizienztechnologien, Windparks und Solaranlagen boomen.

Globale Regeln und Standards

Ein zentrales Problem bei der nachhaltigen Umsteuerung des Kapitalismus ist der Mangel an global gültigen ökologischen Regeln und Mindeststandards. Solange zahlreiche Staaten und Unternehmen geringere Umweltstandards als Wettbewerbsvorteil einsetzen, besteht die Gefahr eines globalen Öko-Dumpings. In diese Lücke stoßen Initiativen, die auf eine kooperative Regulierung von Märkten zielen. Auch ihre Zahl wächst. Sie setzen da an, wo staatliche Regulierung wegen fehlender internationaler Übereinstimmung (noch) nicht möglich ist. In der Extractive Industry Transparency Initiative beispielsweise arbeiten marktführende Öl- und Gaskonzerne und Regierungen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, Investoren und Entwicklungsbanken gemeinsam an dem Ziel, die Geldflüsse aus Öl und Gasprojekten in ressourcenreichen Ländern transparent zu gestalten. Bei der Ethical Trading Initiative und Fair Labor Association geht es den teilnehmenden Unternehmen, NGOs und Gewerkschaften um die Einhaltung der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO).

Der Finanzmarkt als Seismograf

Etwa seit dem Jahr 2000 ist eine zunehmende Relevanz von Nachhaltigkeits-Indikatoren im Rating von Unternehmen zu beobachten. Pensionsfonds sprechen von einer „fiduciary duty“ (Treuhandpflicht), Nachhaltigkeitskriterien in ihre Anlagestrategie einzubeziehen, um das Risiko für ihre Anleger zu reduzieren. Milliarden schwere Anleger wie US-Pensionsfonds oder der aus Ölgeldern gespeiste norwegische Zukunftsfonds legen ihre Gelder nur noch in Unternehmen an, die soziale und ökologische Mindeststandards erfüllen.

Der bislang erfolgreichste Zusammenschluss institutioneller Investoren ist das Carbon Disclosure Projekt (CDP), das

sich auf klimarelevante Risiken und Daten konzentriert. Seit seiner Gründung im Jahr 2000 ist das CDP von 25 auf 211 Investoren gewachsen und hat heute ein Anlagevolumen von sagenhaften 31 Billionen US-Dollar. CDP befragt regelmäßig die 500 weltweit größten börsennotierten Unternehmen zu Treibhausgas-Emissionen und Emissionsminderungsprogrammen. Die Tätigkeit des CDP hat den Druck auf Börsenaufsicht, Unternehmensleitungen und Wirtschaftsprüfer verstärkt, transparente Berichtsstandards zu Klimarisiken zu entwickeln.

Was kann, was muss Politik bewirken?

Mit den neuen Dynamiken in der Unternehmenswelt, dem Auftreten neuer Akteure und Allianzen wird staatliche Regulierung nicht überflüssig. Originäre Aufgabe der Politik bleibt, den Märkten ökologische Zielvorgaben und einen ökologischen Ordnungsrahmen zu geben. Die wichtigsten Hebel staatlicher Politik, um diese Transformation zu beschleunigen, sind:

- Umstellung des Steuer- und Abgabensystems von der Besteuerung der Arbeit auf Ressourcensteuern
- Weiterentwicklung des Emissionshandelssystems, zunächst auf europäischer, im nächsten Schritt auf transatlantischer und schließlich auf globaler Ebene
- Verbindliche Zielkorridore für Energieeffizienz und erneuerbare Energien, flankiert durch Förderprogramme für Forschung und Entwicklung
- Stärkung von Verbraucherrechten (Informationspflicht hinsichtlich der Ökobilanz von Produkten und Materialien, erweitertes Haftungsrecht bei Gesundheitsrisiken)
- Verankerung internationaler Mindeststandards im Hinblick auf Transparenz, soziale Rechte und Umweltschutz in Freihandels- und Investitionsabkommen
- Verstärkter Transfer umweltfreundlicher Technologien in die Entwicklungsländer, um deren wirtschaftliches Wachstum in ökologische Bahnen zu lenken.

Ohne konsequente staatliche und globale Ordnungspolitik wird die ökologische Transformation nicht gelingen. Aber sie muss von einer „ökologischen Dynamik von unten“ flankiert werden, die High-Tech-Unternehmen und Ökobauern, Erfinder und Investoren, Umweltverbände und Konsumenten umfasst. Ökologische Politik muss darauf abzielen, einen Ordnungsrahmen zu schaffen, der diese Dynamik beschleunigt.



Ralf Fücks ist Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung.



Anna Haas hat diese und weitere Seiten im Heft illustriert. Die Schweizer Grafikerin arbeitet und studiert im holländischen Arnhem.

JUGENDPROGRAMM

AUSSTELLUNG

Herausforderung Schöpfung

Eröffnung: Freitag, 17. September, 19 Uhr, Kulturforum (Alte Schwimmhalle)

In Plön wird erstmalig das neue Projekt der mobilen Jugendkirche des Kirchenkreises Plön-Segeberg gezeigt. Im Evangelischen Bildungswerk entstand mit Jugendlichen aus verschiedenen Gemeinden eine interaktive Ausstellung, die Lust machen will, den Schöpfer und seine Geschöpfe neu zu entdecken. In sieben Schaukästen wird gezeigt, was sich an den einzelnen Schöpfungstagen ereignete, dazu ist der Schöpfungsbericht zu lesen und zu hören. Auf verschiedenen Höhen sind in den Kästen „Durchgucklöcher“, die einen Einblick in den jeweiligen Tag gewähren.

KIRCHENTAGS-KINO

Let's make money! – Die Geldmacher

Freitag, 17. September, 20 Uhr, Gemeindehaus Plön

Eine Goldmine in Westafrika. Riesige Areale werden gesprengt. Die Arbeiter mühen sich ab, um dem Gestein Gold abzugewinnen – das dann direkt in die Schweiz geflogen wird. Der Verteilungsschlüssel: 3% der Gewinne fließen nach Afrika. 97% sind für den Westen bestimmt. Der im vergangenen Jahr passend zur Finanzkrise in die Kinos gekommene Dokumentarfilm des österreichischen Regisseurs Erwin Wagenhofer („We feed the world“) folgt dem Weg unseres Geldes: Von den Minenarbeitern in Ghana und Baumwollbauern in Burkina Faso führt die Reise zu als Spekulationsobjekt entstandenen Geisterstädten an der Küste Andalusiens, in die internationalen Finanzme-

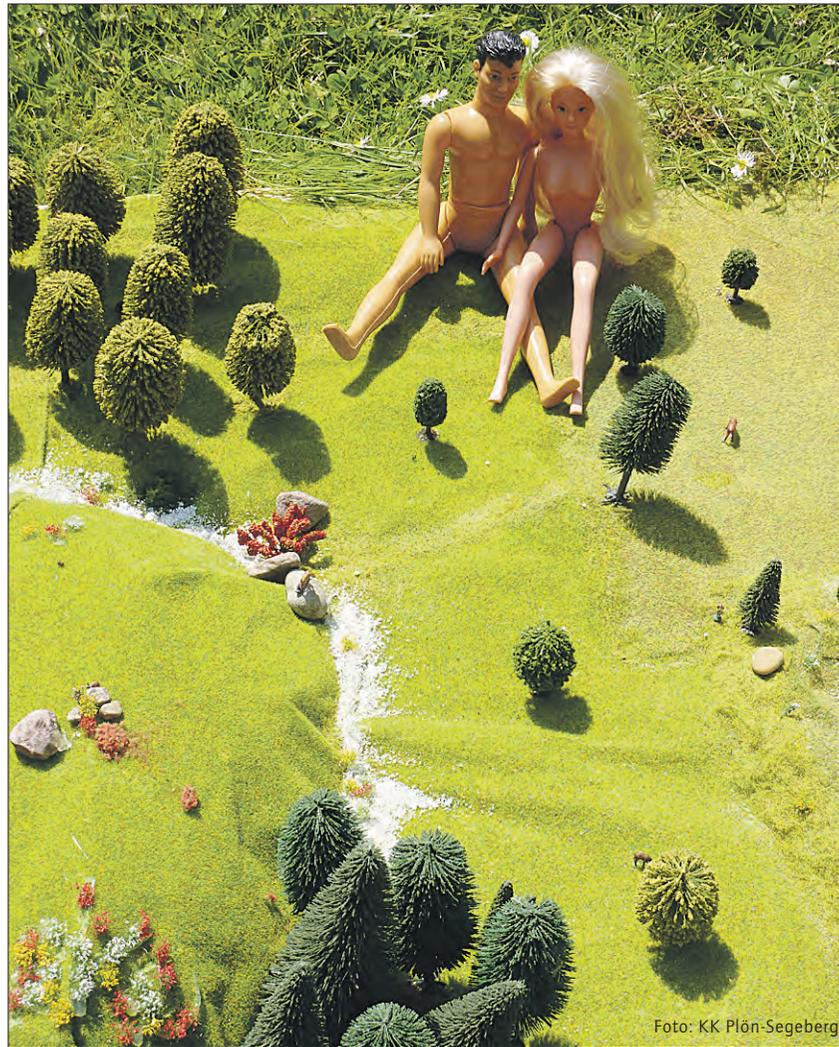


Foto: KK Plön-Segeberg

tropolen, zur Steueroase auf der Kanalinsel Jersey und zu einem Luxushotel auf dem Schweizer Mont Pèlerin, wo sich ein Club von Wirtschaftsberatern trifft, um eine neue Weltordnung auszuhecken. Nüchtern und sachlich übersetzt der Film das abstrakte System von Warenhandel und Geldtransfer in konkrete Bilder.

INTERNETPROJEKT

Die Macht des Geldes

Samstag, 18. September, 9 - 14 Uhr

Moos, Kohle, Schotter, Mäuse - Bezeichnungen für Geld gibt es viele. An sich sind die Münzen und Scheine nur ein Tauschmittel. Und doch verbinden wir mit Zah-

lungsmitteln viele Emotionen und Gedanken. Oft frisst das Geld einen auf: Menschen geraten in die Schuldenfalle, Völker und Landschaften verelenden, damit es Profit bringt. Dem Weg und der Macht des Geldes nachzuspüren, bietet das Internetprojekt der Kirchengemeinde Bad Oldesloe an. Unter der Leitung von Wilfried Knospe können die Geldkreisläufe der Welt erforscht und diskutiert werden.

VERANSTALTUNG

Liebe deine Feind-Bilder:

Samstag, 18. September 10 - 14 Uhr; Aspekte prophetischer Gedankenspiele im 21. Jahrhundert

Feinde und Feindbilder gab und gibt es immer wieder. Sie wechseln das Äußere, aber niemals die Gesinnung: Sie trachten uns nach dem Leben, nach der Gesundheit, nach unseren Kindern, nach unseren Seelen.

Und zeitlos bekämpfen wir sie in ihrer mannigfaltigen Form. Getragen von Medien, offiziellen Darstellungen und dem sich daraus lenken lassenden Volkszorn. Und wir brauchen diese Feindbilder, denn sie verbinden und lenken uns auf ein Ziel hin. Dabei geht man über Schicksale, Menschen, Leichen und Kriege.

Das Jugendangebot wird verantwortet von Karsten Baden-Rühlmann, Jugendpastor, Kirchenkreis Plön-Segeberg; Carola Häger-Hoffmann, Jugendbildungsreferentin Kirchenkreis Plön-Segeberg; Bernd Witzke, Nordelbisches Jugendwerk Koppelsberg.

Anzeige

Für Augenblick und Ewigkeit –

Die Evangelische Zeitung und Gezeitenkreuze

Gute Nachrichten für den Norden!

Die Evangelische Zeitung präsentiert Gezeitenkreuze – Die Kreuze der Kieler Bootsbauer. Die Gezeitenkreuze sind eine „greifbare“ Erinnerung daran, dass Gott immer bei uns ist.



VERTRAUEN



Gezeitenkreuze sind Kreuze der Kieler Bootsbauer. Größe ca.: 10 x 6,2 x 2 cm. Weitere Kreuze zur Auswahl und Informationen unter:

www.gezeitenkreuze.de

Werden Sie jetzt Abonnent für ein Jahr und Sie erhalten ein Gezeitenkreuz Ihrer Wahl.

(Abopreis pro Jahr z. Zt. 72,00 Euro)

Interessiert?

04 31 | 55 77 99 oder leserservice@evangelische-zeitung.de

Ganz rechts zwischen Nord- und Ostsee

Neonazis in Schleswig-Holstein: Ohne Wahlerfolg, aber in den Gemeinden und in der Jugendszene aktiv

Andreas Speit

Lübeck, Palmsonntag: Am Bahnhof treffen die ersten Kameraden zu einem „Trauermarsch“ ein. Die Haare der meisten jungen Männer sind modisch kurz. Glattpolierte Glatze trägt kaum noch jemand. Blonde Zöpfe hat sich auch keines der Mädchen und Frauen geflochten. Nicht bloß das äußere Erscheinungsbild von NPD und Kameradschaften ist im laufenden Wandel. Kein soziales Thema, keine gesellschaftliche Debatte, die sie nicht versuchen aufzugreifen.

Hier in der Hansestadt will die Szene am 27. März 2010 alleine den deutschen Opfern des Bombenangriffs der Royal Air Force am 28. März 1942 gedenken. Über die Lautsprecheranlage wettet der heutige schleswig-holsteinische NPD-Vorsitzende Jens Lütke vor rund 200 Gesinnungsgenossen: „Wir sind die, die die Geschichtsschreibung der Sieger nicht übernommen haben. Wir wissen, dass die Deutschen nicht bloß Täter sind.“ Eine Botschaft, die vielleicht zu eindeutig geäußert wurde. Die Worte sollen aber die verschütteten Erinnerungen der „Erlebnistgeneration“ ansprechen und zudem die verbreitete Meinung, wir sind lang genug mit dem Bühlerhemd rumgelaufen“ der jüngeren Generation erreichen. Die NPD und Kameradschaften hoffen, dass, wenn die einzelnen Schicksale von Bombennächten, Flucht und Gefangenschaft mehr ins kollektive Gedächtnis rückten, auch offensichtlich würde, dass das „neue deutsche Geschichtsbild“ den „privaten tradierten Erzählungen und Erinnerungen“ widerspricht.

Auf dieses Potenzial eines Resonanzraums in der „Mitte der Gesellschaft“ weist der Sozialpsychologe Harald Welzer regelmäßig hin. Die NPD und die Kameradschaften haben an solchen Studien über Einstellungen und Denkmuster ein reges Interesse. Auf Bundesparteitag weist der Bundesvorsitzende Udo Voigt gern auf Befunde von Sozialwissenschaftlern hin, die den stetigen Anstieg rechtslastiger Ressentiments in der gesellschaftlichen Mitte offenbaren. Voigts Credo: „Die Leute denken, was wir sagen“.

Vor vierzehn Jahren übernahm Voigt bei der NPD den Vorsitz und leitete einen Kurswechsel ein, mit dem versucht wird, als Partei wählbar zu erscheinen. Vor Ort, in den Städten und Gemeinden, sollen die Parteimitglieder und Kameradschaftsanhänger lokale Themen und soziale Probleme aufgreifen und sich im alltäglichen Gemeindeleben und ehrenamtlichen Vereinswesen einbringen. „Auf kommunaler Ebene“, hofft Voigt, könne durch die Hinwendung zu den Sorgen und Ängsten der Menschen die „Ausgrenzung unterlaufen werden“. Seine Losung: „Bürgernähe zeigen, vor



Mode, Partys, Open-Air-Festivals und Fußballturniere lassen die Szene für Jugendliche attraktiv erscheinen.

Foto: Philippe Leroyer

Ort siegen“. Für die Szene selbst schaffen sie eine „rechte Erlebniswelt“ zwischen Szeneläden, Modemarken, Partys, Fußballturnieren, Konzerten und Open-Air-Festen. Eine Welt, die die Szene für Jugendliche attraktiv erscheinen lässt. In Sachsen ermöglichte diese Strategie den Wiedereinzug in den Landtag und in Mecklenburg den Einzug ins Landesparlament. Bundesweit sitzen über 300 NPDler in Kommunalparlamenten.

In Schleswig-Holstein hat die NPD rund 230 Mitglieder, darüber hinaus schätzt man die Zahl der Anhänger der Kameradschaftsszene auf 180 Personen.

In der Bundesstatistik für Gewalttaten mit rechtsextremem Hintergrund gestaffelt nach je 100 000 Einwohnern liegt Schleswig-Holstein auf Platz 4 – zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen.

Hinzu kommen 740 subkulturell gewaltbereite Szenegänger. Dennoch haben die Rechten zwischen Ost- und Nordsee keine großen Wahlerfolge erringen können. Der Landesverband bleibt dem Kurs der Bundespartei aber treu: Er thematisiert das „Verkehrschao“ in Hassee auf Websites, richtet Infostände in Bad Bramstedt

wegen Strompreisen aus, verteilte Flugblätter gegen „Anti-Rechts-Kampagnen“ in Pinneberg und Flugschriften gegen „Sexualstraftäter“ in Lübeck. In Neumünster besteht seit 13 Jahren der „Club 88“, wo sich die Rechten treffen, einander schulen und feiern. Die Szene in der Stadt hat sich längst ausgedehnt. Nahe der Innenstadt können sie in der Kneipe „Titanic“ einkehren. Die Betreiber reihen sich schon bei dem „Trauermarsch“ in Lübeck ein. In Ratzeburg hat die Szene Veranstaltungen wie die Sonnenwendfeier und das Fußballturnier mit getragen. Hier hat sie sogar ein eigenes Haus. Ratzeburgs Bürgermeister Rainer Voß verharmlost die Situation nicht. „Die Szene ist sehr agil“, sagt er. In der Stadt griffen Neonazis Weihnachten 2008 Jugendliche an, verletzten einen von ihnen schwer. Heute ist in der Stadt die Gegenwehr gegen die Szene und die Solidarität mit Opfern wesentlich stärker. Diese Vergangenheit will Voß aber auch nicht verschweigen.

In der Bundesstatistik für Gewalttaten mit rechtsextremem Hintergrund gestaffelt nach je 100 000 Einwohnern liegt Schleswig-Holstein auf Platz 4 – zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen. Manche Gruppen verschweigen ihre „Aktionen“ nicht. In der Landeshauptstadt rühmt sich die „Aktionsgruppe Kiel“ mit ihren „Aktivitäten“. Seit Monaten werden bei alternativen Projekten von Wohnhäusern bis Buchläden Scheiben eingeworfen. Am 7. Juli verurteilte das Amtsgericht Kiel einen Neonazi zu

zwei Jahren und acht Monaten Haft. Mit einem Faustschlag hatte er einen Tänzer – im Vorbeigehen – niedergeschlagen und so schwer verletzt, dass dieser nicht mehr auftreten kann.

Auf der Lübecker Gegenkundgebung zu dem „Trauermarsch“ am Palmsonntag betont Bürgermeister Bernd Saxe (SPD), dass die Neonazis nicht aller Op-

Workshop 12 Wie sich der Rechtsextremismus in die Mitte der Gesellschaft schleicht

fer gedenken. Sie verschwiegen, dass der Bombenangriff ein Vergeltungsschlag für Luftangriffe auf England gewesen sei. „Der Krieg ging von Deutschland aus, wir sind die Kriegsverbrecher.“ Begonnen hatte die Gegenkundgebung mit einem ökumenischen Gottesdienst des katholischen Erzbischofs Werner Thiesen und der damaligen evangelischen Bischöfin Maria Jepsen. Die St. Lorenz-Kirche wurde für den Protest zu einem Blockadepunkt umfunktioniert – mit Kaffee, Brötchen und Klo. Dieses breite Bündnis, das sehr von den Kirchen getragen wird, stand an jenem Samstag den Neonazis im Weg. Nach einigen hundert Metern schallte eine Polizeianweisung den Neonazis über einen Straßenkreisel entgegen: „Kehren Sie zum Bahnhof zurück“.

Andreas Speit ist zusammen mit Andrea Röpke Herausgeber des Buches „Neonazis in Nadelstreifen“, erschienen 2008 im Ch. Links Verlag (208 Seiten).

Die Halbtagsgesellschaft

Konkrete Utopie für eine zukunftsfähige Gesellschaft

Von Carsten Stahmer

Ein Vorschlag: Warum richten wir es nicht so ein, dass alle erwerbsfähigen Menschen im langjährigen Durchschnitt nur noch die Hälfte ihrer Zeit für bezahlte Arbeit verwenden – und die andere Hälfte für Tätigkeiten in der Familie oder für freiwilliges Engagement in seinen verschiedenen Formen? Nicht, dass immerzu nur noch halbtags gearbeitet wird – aber so, dass Jahren mit bezahlter Vollzeitbeschäftigung eine gleiche Zeitspanne mit unbezahlten Tätigkeiten folgt. Ergänzend kämen Phasen von Aus- und Weiterbildung für die bezahlte Arbeit ebenso wie für das soziale Engagement hinzu.

Wechselnde Tätigkeiten im Lebensablauf würden dazu führen, dass nicht mehr so viele Menschen durch lang anhaltende Überbeanspruchung in der Erwerbsarbeit ausgebrannt sind – sondern vielmehr den Wunsch haben, auch über das jetzige Rentenalter hinaus, in beiden – bezahlten wie unbezahlten – Tätigkeitsbereichen aktiv zu bleiben. Ein weiterer Vorteil: Da der vorgesehene Wechsel gleichermaßen für Frauen wie für Männer gälte, entfielen wesentliche



Der Plan: Jeder macht alles. Irgendwann einmal.

Foto: Silvan

Grund für Arbeitgeber, Frauen aus Angst vor drohenden Unterbrechungen durch Babypause weniger zu fördern als die „verlässlicheren“ Männer.

Als Anreiz für die Einführung einer Halbtagsgesellschaft sollten Zeiten sozialen Engagements in irgendeiner Form

vergütet werden. Eine Möglichkeit wäre die Auszahlung von „Zeitguthaben“ – die dann später im Falle eigener Hilfsbedürftigkeit in Anspruch genommen werden, um Unterstützung durch andere zu erhalten. Als weiteres Anreiz-, aber ebenso als Finanzierungselement für eventuell

benötigte zusätzliche staatliche Ausgaben sollten diejenigen, die nicht auf lange Erwerbsarbeitszeiten und entsprechend höhere Einkommen verzichten wollen, mit einer zusätzlichen Steuer belastet werden, da die von ihnen nicht geleisteten unbezahlten sozialen Tätigkeiten von der Gemeinschaft übernommen werden müssen.

Wichtiger noch als finanzielle Anreize: Während unbezahltes Engagement heutzutage im allgemeinen Sprachgebrauch noch nicht einmal als Arbeit angesehen wird, würde in einer Halbtagsgesellschaft ein gleiches gesellschaftliches Prestige für beide Arbeitsformen angestrebt.

Prof. Dr. Carsten Stahmer ist Volkswirt und Experte für volkswirtschaftliche, umweltökonomische und sozioökonomische Gesamtrechnungen u.a. bei den Vereinten Nationen und dem Statistischen Bundesamt. Seit 1997 ist er Honorarprofessor.



Workshop 1 Arbeit ist für alle da! Wege zu einer Halbtagsgesellschaft

Anzeigen



www.foerde-sparkasse.de

Wir bewegen was!

Rundum-Wohlfühl-Angebote für die ganze Familie.

 Förde
Sparkasse

Wir sind Ihr richtiger Ansprechpartner, wenn es um die finanzielle Sicherheit Ihrer Familie geht. Vom Sparplan für die Ausbildung Ihrer Kinder, über die Hausfinanzierung bis zur Zusatzrente für ein sorgenfreies Alter - Fragen Sie uns nach individuellen Lösungen für Ihre ganz persönliche Situation. Wir freuen uns auf Sie!

Museum des Kreises Plön mit norddeutscher Glassammlung

Dienstag bis Sonntag 10 - 12 und 14 - 17 Uhr



Johannisstr. 1
24306 Plön
Tel. 04522-744391
www.kreismuseum-ploen.de

Liedtke.IT

SIE HABEN DIE VISIONEN, WIR HABEN DIE LÖSUNGEN

Sie benötigen eine neue Website oder wollen Ihre bestehende Website erweitern? Sie wollen sich nicht nur präsentieren, sondern Ihrem Kunden Mehrwert bieten? Die Verarbeitung Ihrer Daten soll automatisch erfolgen und Ihnen mehr Zeit für Ihr eigentliches Business lassen?

Wir beraten Sie und setzen Ihre Visionen um.

www.Liedtke.IT, info@liedtke.it

„Der Hof war mein Traum“

Der bäuerliche Kleinbetrieb: mehr Beschäftigung, Sortenvielfalt, bessere Qualität der Produkte

Alternatives Wirtschaften: Wolff produziert nicht für einen anonymen „Markt“, sondern für seine Kunden. Das macht viel Arbeit – erzeugt aber auch Zufriedenheit.

Was unterscheidet Sie von anderen Gemüsebauern?

Von Anfang an wollten wir dort produzieren, wo wir auch vermarkten können, und vor allem ökologisch wirtschaften. Zur Zeit wachsen in unseren Gewächshäusern viele alte Tomatensorten. „Historische Tomaten“ sagen wir dazu: Sorten, die es heute normalerweise nicht mehr zu kaufen gibt. Sie sehen anders aus, weil sie zu weich und zu empfindlich für lange Transportwege sind. Aber geschmacklich sind sie sehr schön. Wir haben auch eine Sorte Erdbeeren, die „Senga Sengana“, die heute nicht mehr gehandelt wird, weil sie zu weich ist. Wir haben im Laufe der Jahre versucht, immer neue Sachen zu entdecken. Eine Zeitlang haben wir achtzig Sorten Kürbisse angebaut und dafür die Samen aus aller Welt besorgt.

Der Unterschied zu anderen Erzeugern? In Hemmingstedt gibt es eine Gärtnerei mit 70 000 Quadratmeter Glas. Dort werden die Tomaten wie in Holland angebaut. Die Pflanzen stehen in Watte, unten wird über Computer gesteuert eine Nährlösung durchgejagt. Die produzieren das ganze Jahr über mit Wärme, die sie günstig aus der Raffinerie bekommen.

Das Besondere an Ihrem Betrieb ist also die hohe Diversität und Mischkultur, auch im Vergleich zu anderen Biobetrieben.

Ja, so in der Form, wie wir arbeiten, mit zweihundert Produkten, werden Sie wohl kaum einen Betrieb finden. Das, was wir hier machen, bekommen sie in ganz Deutschland nicht. Wir heizen die Gewächshäuser nicht und setzen auch keine Maschinen für die Ernte ein. Unsere Tomaten müssen vorsichtig von Hand



Peter Wolff erntet Tomaten noch von Hand. Seine Sorten sind zu empfindlich für die industrielle Produktion.

Fotos: Waidelich

gepflückt und gelagert werden. Unsere Tomatenpflanzen bringen auch einen ganz normalen Ertrag.

Ich habe inzwischen auch historische Holland-Tomaten gesehen.

Ja die Holländer sind weltweit sehr schnell informiert, wenn es neue Dinge gibt. Die züchten inzwischen historische Sorten auf Hybridsorten, da kann man die Samen nicht weiterverwenden.

Wie gehen die Kunden auf Ihr Angebot ein?

Wir haben heute mehr Kunden als früher. Aber der Biokunde richtet sich auch mehr nach Optik und Sorte und nicht unbedingt nach Geschmack. Die jünge-

ren Kunden sind es gewohnt, alles das ganze Jahr durch zu haben. Früher haben die Leute Tomaten an der Hauswand angebaut, und es wurde nur das gegessen, was zur Zeit da war. Damals gab es nicht alles zu jeder Jahreszeit, aber das Sortenspektrum war noch ganz anders.

Manche Tomaten sind unförmig und kriegen Risse. Wenn die Kunden sie selbst aussuchen dürfen, dann nehmen sie solche Tomaten nicht.

Die Älteren wussten noch, dass nicht alles gleichmäßig ist und haben es so genommen, wie es kam. Das merken wir auch am Stand. Früher war unser Ansatz, die Sachen so zu verkaufen, wie der Baum oder die Pflanze sie hergibt. Das geht heute nicht mehr. Die Ansprüche an den Biobereich werden immer größer. Dadurch gibt es auch im Biobereich eine Konzentration auf große Betriebe.

Geht es Ihnen heute wirtschaftlich besser als früher?

Wir können heute auf einem wesentlich höheren Niveau als vor dreißig Jahren leben. Wir haben praktisch mit nichts angefangen. Der Hof war mein Traum. Ich wollte nie einseitig sein. Das hat auch Nachteile, weil man mehr arbeitet. Wir verdienen das Geld ja über die Direktvermarktung, und unsere Kunden kennen inzwischen die Produkte. Es ist eine Verbindung da.

Wäre Ihre Art zu wirtschaften auf Schleswig-Holstein übertragbar?

Rein theoretisch wäre eine Umkehr ohne großen Aufwand möglich. In der Re-

gion wird ja immer noch Getreide und Gemüse produziert. Nur ist es so, dass die Vermarktung heute sozusagen über den Weltmarkt läuft. Wo immer der sich abspielt. Das Getreide wird zum Beispiel nach Kiel gefahren, dort auf Schiffe verladen und dann in arabische Länder ge-

Workshop 5 Die Ernte geht an andere. Die globale Entwertung der landwirtschaftlichen Arbeit

bracht. Gleichzeitig kommt Getreide von Australien hierher. Alles wird hin und her geschoben. Das ginge auch anders. Aber die Strukturen sind nicht mehr da. Früher hatte man die Großhändler, die die ganze Verteilung in der Umgebung übernommen haben. In Preetz gab es auch eine Gemüsefabrik, wo vieles aus der Region verarbeitet wurde. Heute hingegen wird alles zentral erfasst. Was wir hier produzieren, geht erst nach Hamburg und von dort wird es wieder über das ganze Land verteilt. Das ist auch oft im Biobereich so. Ich bin mehr für die kleinen Betriebe, weil die wesentlich mehr Einkommen und Arbeit schaffen als die großen und auch qualitativ bessere Produkte erzeugen können.

Können Sie Ihre Erfahrungen weitergeben?

Ja das habe ich mir vorgenommen. Wenn da noch Interesse besteht.

Das Interview führte Waltraud Waidelich. Sie betreut beim Nordelbischen Frauenwerk in Hamburg das Referat Konsumethik und Feministische Ethik.



Bioland-Gärtnerhof Wolff

Seit 1985 gibt es den Bioland-Gärtnerhof Wolff in Marienwarder. Auf dreizehn Hektar produziert das Ehepaar Christiana und Peter Wolff saisonales Obst und Gemüse, das auf den Wochenmärkten direkt verkauft wird. In den letzten Jahren hat sich der Betrieb auf Wildkräutersalate und historische Tomaten spezialisiert.

Gärtnerhof Wolff

Lehmkulen / Marienwarder
Telefon 04342/86344
E-Mail christiana@gaertnerhof-wolff.de

Hofverkauf Di 16 - 19 Uhr

Wochenmärkte

Di + Fr Plön, Mi + Sa Lütjenburg, Sa Preetz

Kirche ist ...

„Was hülfte es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewönne und nähme doch Schaden an seiner Seele?“ (Matthäus 16, 26)

Von Matthias Petersen

Ein beliebtes Thema im Märchen: Wie da einer sein Glück macht und reich wird und anschließend vor lauter Sorge um sein Geld nicht mehr schlafen kann. Manchmal geht das Märchen auch gut aus, wie in der Geschichte von „Hans im Glück“: Da geht dann der unverhoffte Reichtum ebenso unverhofft verloren. Und erleichtert und froh zieht der Mensch wieder seiner Wege ...

Dass Reichtum nicht von vornherein glücklich macht, darüber brauchen wir nicht zu streiten. Diese Perspektive wird heute von vielen nachdenklichen Menschen geteilt. Das ist auch, ohne dass es in dem Untertitel des 2. Politischen Kirchentages hätte ausgedrückt werden müssen, die unausgesprochene Übereinstimmung aller Kooperationspartner: Dass durch das ungebremste Streben nach Besitz und Macht der Mensch sich selbst verliert und andere mit in den Abgrund zieht: Wir investieren in Betriebe, die wir nicht kennen, an Orten, die wir nie betreten werden, in Produkte, die uns nicht interessieren. Seelenloser geht's nicht mehr. Wo aber die menschliche

Seele nicht mehr im Spiel ist, da wird auch das Mitleiden, die Empathie mit den Verlierern, ausgeschaltet. Da herrscht schließlich nur noch das Gesetz des Dschungels: Fressen oder gefressen werden.

Die Kooperationspartner des Kirchentages wollen sich darum auf den Weg machen, miteinander nach ethisch verantwortbaren Wegen und Zielen zu suchen, nach Alternativen zu den angeblichen Sachzwängen und Alternativlosigkeiten in Politik und Wirtschaft.

Was aber ist das Eigene, das Kirche in diesen Prozess des Politischen Kirchentages Plön einbringt? Zunächst einmal dies: Wir stellen den Raum. Kirche als schützendes Dach, unter dem zu offenen, streitbaren, kontroversen und engagierten Suchbewegungen eingeladen wird. Kirche als Ort der Suche nach neuen Wegen, nach Orientierung und einer offenen Kommunikation. In der Bürgerbewegung der achtziger Jahre in der DDR hat Kirche schon einmal eine ähnliche Funktion ausgefüllt: Als Dialogzentrum engagiert Suchender. Das ist ein Modell, an dem wir uns gerne orientieren: Friedliche Veränderungen sind möglich.

Zum anderen ist Kirche in diesem Prozess realer, wahrnehmbarer Raum in der beeindruckenden Form der Plöner Nikolaikirche. Sie spricht eine bewegende Sprache, Geschichten aus Jahrhunderten: Wie viel Not ist hier vor den Altar Gottes getragen worden, wie viele Tränen, wie viele unerfüllte Träume... Aber auch: Wie viel Ermutigung ist von diesem Ort ausgegangen, wie viel Orientierung, wie viele Visionen wurden hier entwickelt.

Weiter: Kirche auf diesem Kirchentag ist kritischer Impulsgeber. Natürlich nicht allein – alle unsere Kooperationspartner sind ja Impulsgeber. Aber die Impulse, die wir einbringen in den Dialog, wurzeln ausdrücklich in der Botschaft des Alten und Neuen Testaments. Unsere kritischen Impulse speisen sich aus den Visionen des Jesus von Nazareth, der nicht nur an das erinnert, was den Menschen bedroht, sondern mit seinem Traum vom Reich Gottes auch zum Handeln hier und jetzt ermutigt. „Siehe, das Reich Gottes ist mitten unter euch!“ Der uns daran erinnert, dass in den Armen und Entrechteten, den Opfern von Gewalt und sozialen Verwerfungen Gott selbst uns begegnet und zum Handeln herausfordert. Der uns

daran erinnert, dass es nicht nur, aber auch in unserer Hand liegt, ob Menschen diesen schönen Stern Erde als Hölle oder als Paradies erleben.

Und schließlich: „Für eine gerechtere Welt“ wollen wir eintreten. Aber wir wissen: Wir werden das Reich Gottes auf Erden nicht verwirklichen. Das hat man in der Vergangenheit oft genug versucht (Johannes Calvin in Genf oder die Puritaner in England) oder versucht es auch heute noch (z. B. im Iran). Solche Vorhaben sind allesamt erbärmlich gescheitert in einem Meer von Blut und Tränen, von Hass und Intoleranz. Nein, die gerechte Welt werden wir nicht schaffen. Aber eine gerechtere als heute, die sollte uns schon gelingen. Auch dies könnte ein spezifischer Beitrag von Kirche auf diesem Kirchentag sein: Als nüchterner Anwalt der Wirklichkeit an die Grenzen der menschlichen Möglichkeiten zu erinnern.

So heiße ich Sie und euch alle herzlich willkommen in Plön und wünsche uns streitbare und gesegnete Tage!



Matthias Petersen ist Propst des Kirchenkreises Plön-Segeberg.

2. POLITISCHER KIRCHENTAG PLÖN – PROGRAMM

Aktuelle Programminweise und Informationen während des Politischen Kirchentages vom 16. bis 18. September am Service-Point am Pavillon (Nikolaikirche).

13.09. Take Five. Preview

19.30 bis 21.30 Uhr

- Hermann Ehlers Akademie (CDU), Kiel
- Friedrich-Naumann-Stiftung (FDP), Lübeck
- Gustav-Heinemann-Bildungsstätte (SPD), Neumünster
- Heinrich-Böll-Stiftung (B'90/Die Grünen), Norderstedt
- Rosa-Luxemburg-Stiftung (Die Linke), Flensburg

16.09. Eröffnung

17.00 bis 18.00 Uhr

Gottesdienst – Eröffnung, Nikolaikirche Plön: Bischofsbevollmächtigter Gothart Magaard, Schleswig; Pastor Jörn Kress, Kirchengemeinde Plön; Propst Matthias Petersen, KK Plön-Segeberg; Kirchenmusikdirektor Henner Schwerk, KK Plön-Segeberg

18.00 bis 20.00 Uhr

Abendmahl – „feinheimisch“ – Tafeln unter freiem Himmel. **Musik:** Jesse Grell Trio, Höxter; **Schauspiel:** Gabi Pahms, Eckernförde

20.00 bis 22.00 Uhr

Podium – „Mit voller Fahrt gegen die Wand? Umdenken und Umkehren!“, Nikolaikirche. **Begrüßung:** Dr. Nils Fritzel, Lee-

zen; **Gäste:** Pröpstin Friederike von Kirchbach, Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz; Prof. Dr. Mojib Latif, IFM Kiel/Leibniz; Prof. Dr. h.c. mult. Marcus Lutter, Uni Bonn; Prof. Rainer Burchardt, FH Kiel, vormals Chefredakteur DLF; **Moderation:** Marcus Rohwetter, DIE ZEIT; **Musik:** Felix Stolzenberg, Klarinette, Bad Segeberg

22.00 bis 23.00 Uhr

Nachtcafé – Gemeindehaus; Achim Pogoda; Piano, Kiel

17.09. Werktag

8.15 bis 18.00 Uhr

Aufbruch. Unterwegs zu den Tagungsorten Treffpunkt und Start: Nikolaikirche

9.30 bis 15.30 Uhr

12 Workshops – Workshopthemen entnehmen Sie bitte dem Programm auf den Seiten 12 - 13; im Internet unter www.pktp.de

11.00 bis 11.20 Uhr

Marktmusik – Nikolaikirche; Kirchenmusikdirektor Henner Schwerk

16.00 bis 18.00 Uhr

Assemblé – „Einander für wahr nehmen“, Nikolaikirche; **Moderation:** Heidemarie Langer, Hamburg; **Kommentar:** Mathias Greffrath, Berlin; **Musik:** Natalie Ingwersen, Flensburg

18.00 Uhr

Auszeit – Entlastung – Break; Lunchpaket „feinheimisch“

19.00 Uhr

Ausstellungseröffnung – „Herausforderung Schöpfung“, Kulturforum „Alte Schwimm-

halle“; Carola Häger-Hoffmann, Jugendbildungsreferentin, KK Plön-Segeberg

20.00 Uhr

Kino – „Lets Make Money“: Die Geldmacher, Gemeindehaus.

Weitere Filme während des Politischen Kirchentages u.a. „Home“, Yann Arthus-Bertrand; „PKTP 2009“, Kurzdokumentation, Muzdat Al-haji, Zansibar; Jolanda Gräbel, Kiel

21.00 Uhr

SingerSong/Pop – Bühne Marktplatz; MayaMo/Mo Casal, Gesang, Kiel; Wolfram Nerlich, Kontrabass, Kiel, Oper, Trio Total, Steve Illmann; Gitarre, Kiel, Tiffany

23.00 Uhr

Mette – „Nacht der Lichter“ nach Taizé; Nikolaikirche; Propst Matthias Petersen

18.09. Markttag

9.00 bis 16.00 Uhr

Markt der Möglichkeiten – Marktplatz Plön; Info-Marktstände, Theater, Zirkus, Spiel u.v.a.

9.00 bis 14.00 Uhr

Internetcafé – „Die Macht des Geldes“, Gemeindehaus; Jugendprojekt der Evangelischen Jugend Oldesloe, Carola Häger-Hoffmann, Jugendbildungsreferentin, KK Plön-Segeberg

9.30 bis 10.30 Uhr

Bibelworkshop I – „Was hülfte es dem Menschen...“ (Mt 16,26), Sparkasse Plön; Pröpstin i. R. Dr. Monika Schwinge

Bibelworkshop II – „Was hülfte es dem Men-

schen...“ (Mt 16,26), Sparkasse Plön; Ps. i.R. Johann Weingärtner

10.00 bis 14.00 Uhr

Liebe deine Feind-Bilder – Gemeindehaus; **Referent:** Karsten Baden-Rühlmann, Jugendpastor KK Plön-Segeberg; **Moderation:** Carola Häger-Hoffmann; Jugendbildungsreferentin, KK Plön-Segeberg

11.00 bis 12.30 Uhr

Frühschoppen – „Wenn die Kinder Gottes erwachsen werden“, Gemeindehaus; Dr. Nils Fritzel im Gespräch mit Dr. Harald Schmid, Zeithistoriker

12.00 bis 16.00 Uhr

Brotzeit – Marktplatz: Mitmachen – Mitbringen – Mitteilen; Tafeln unter freiem Himmel

14.00 Uhr

Klimakampagne Nordelbien – Bühne, Marktplatz; Kirche für Klima: Pastor Jan Christensen; Regionale Eröffnung: Propst Matthias Petersen

14.15 bis 15.30 Uhr

„Global“ – Nähe Bühne; Moderation: Nico Flemming, CAU Kiel, Institut für Pädagogik

15.30 Uhr

Posaunenchor Plön – Marktplatz, lädt ein: Hohe Zeit – Gebet der Religionen

16.00 bis 17.00 Uhr

Hohe Zeit – Nikolaikirche; Ergebnisse und Kommentar: Mathias Greffrath, Berlin

Gebet der Religionen – Pastor Ulrich Grardert, Plön, und Gäste

Programm im Internet: www.pktp.de und www.politischer-kirchentag-ploen.de